

epd Dokumentation online

Herausgeber und Verlag: Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik (GEP) gGmbH,
Emil-von-Behring-Str. 3, 60439 Frankfurt am Main.

Geschäftsführer: Jörg Bollmann

Amtsgericht Frankfurt am Main HRB 49081

USt-ID-Nr. DE 114 235 916

Verlagsleiter: Frank Hinte

Chefredakteur der epd-Zentralredaktion: Dr. Thomas Schiller.

epd Dokumentation: Peter Bosse-Brekenfeld (verantw.)

Erscheinungsweise: einmal wöchentlich, online freitags.

Bezugspreis:

- **Online-Abonnement** „epd Dokumentation“ per E-Mail: monatl. 22,30 Euro, jährlich 267,60 Euro, 4 Wochen zum Ende des Bezugsjahres kündbar. Der Preis für das Online-Abonnement schließt des Zugang zum digitalen Archiv von epd-Dokumentation (ab Jahrgang 2001) ein.

Verlag/Bestellservice (Adresse siehe oben unter GEP): Tel: 069/58098-225,

Fax: 069/58098-226, E-Mail: aboservice@gep.de

Redaktion (Adresse siehe oben unter GEP): Tel: 069/58098-209

Fax: 069/58098-294, E-Mail: doku@epd.de

© GEP, Frankfurt am Main

Alle Rechte vorbehalten. Die mit dem Abo-Vertrag erworbene Nutzungsgenehmigung für „epd Dokumentation“ gilt nur für einen PC-Arbeitsplatz. „epd Dokumentation“, bzw. Teile daraus, darf nur mit Zustimmung des Verlags weiterverwertet, gedruckt, gesendet oder elektronisch kopiert und weiterverbreitet werden.

Anfragen richten Sie bitte an die epd-Verkaufsleitung (Adresse siehe oben unter GEP),

Tel: 069/58098-259, Fax: 069/ 58098-300, E-Mail: verkauf@epd.de.

Haftungsausschluss:

Jede Haftung für technische Mängel oder Mängelfolgeschäden ist ausgeschlossen.

Dokumentation

Frankfurt am Main ■ 4. März 2008

www.epd.de

Nr. 11

Religion im öffentlichen Raum

Aus Anlass des 70. Geburtstages von Konrad Raiser am 25. Januar lud die Evangelische Akademie zu Berlin ein zur Debatte über das Verhältnis von Religion und Politik. Die Referate des Symposiums zur Ehrung des Theologen und früheren Generalsekretärs des Ökumenischen Rates der Kirchen sind in dieser Ausgabe wiedergegeben.

Impressum

Herausgeber und Verlag:
Gemeinschaftswerk der
Evangelischen Publizistik (GEP)
gGmbH
Anschrift: Emil-von-Behring-Str. 3,
60439 Frankfurt am Main.
Briefe bitte an Postfach 50 05 50,
60394 Frankfurt

Direktor:
Jörg Bollmann
Verlagsleiter:
Frank Hinte
epd-Zentralredaktion:
Chefredakteur: Dr. Thomas Schiller

epd-Dokumentation:
Verantwortlicher Redakteur
Peter Bosse-Brekenfeld
Tel.: (069) 58 098 -135
Fax: (069) 58 098 -294
E-Mail: doku@epd.de

Der Informationsdienst
epd-Dokumentation dient der
persönlichen Unterrichtung.
Nachdruck nur mit Erlaubnis und
unter Quellenangabe.

Druck: druckhaus köthen

■ Religion im öffentlichen Raum

»Wie ist das Verhältnis von Religion und Politik? Können sich die Religionsgemeinschaften bei aller notwendigen Trennung der beiden Bereiche im internationalen Zusammenhängen einer Verantwortungübernahme im globalen Lebensraum entziehen?

Welche Rolle werden zukünftig die christlichen Religionsgemeinschaften einnehmen, die in ihrer Organisation nicht als Großkirchen gestaltet sind. Die traditionelle ökumenische Frage ist zunehmend überholt, die Engführung auf die historischen Kirchen und ihre Beziehungen reicht nicht aus. Und mit der Reduktion der Debatte über Globalisierung auf ökonomische Faktoren bringt sich die Religion selber um ihre Handlungsfähigkeit. An einem Nachmittag werden wir diesen Fragen in prominenter Besetzung nachgehen. Der Anlass ist der 70. Geburtstag von Konrad Raiser, den wir dadurch ehren wollen, dass wir mit ihm an diesem Tag die Diskussionen weiter verfolgen, die er für die Zukunft als wichtig und notwendig erkannt hat.«
(aus der Einladung zur Tagung der Evangelischen Akademie zu Berlin)

■ Konrad Raiser

Frankfurt a.M./Hannover (epd). Der frühere Generalsekretär des Weltkirchenrates, Konrad Raiser, wurde am 25. Januar 70 Jahre alt. Der evangelische Pfarrer stand ein Jahrzehnt an der Spitze des Ökumenischen Rates der Kirchen, der mehr als 300 Kirchen in 120 Ländern umfasst. Der evangelische Theologe galt seit den 1980er Jahren als Vordenker der Ökumene.

Aus Anlass des 70. Geburtstages von Raiser fand am 25. Januar ein Symposium zum Thema «Religion im öffentlichen Raum» in der Französischen Friedrichstadtkirche in Berlin statt. Für die Evangelischen Kirche in Deutschland würdigte der Ratsvorsitzende Wolfgang Huber das Ökumene-Engagement des evangelischen Theologen. Über Jahrzehnte habe Raiser die Arbeit des Ökumenischen Rates der Kirchen und der weltweiten ökumenischen Bewegung gestaltet und geprägt, hebt der Berliner Bischof Huber in einem Glückwunschs schreiben hervor.

Der 1938 in Magdeburg geborene Raiser studierte Theologie in Tübingen, Bethel, Heidelberg und Zürich. Nach seinem Vikariat in Berlin und Stuttgart studierte er Soziologie und Sozialpsychologie an der Harvard Universität.

Beim Weltkirchenrat in Genf war er ab 1969 zunächst Studienreferent der »Kommission für Glauben und Kirchenverfassung«. 1973 wurde er zum stellvertretenden Generalsekretär ernannt. Ab 1983 war er Professor für Systematische Theologie an die Evangelisch-Theologischen Fakultät der Ruhr-Universität Bochum und Direktor des Ökumenischen Instituts.

Als erster Deutscher war Raiser 1992 zum Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen gewählt worden. Seine zehnjährige Amtszeit an der Spitze des Weltkirchenrates fiel in eine Periode nachlassender Begeisterung in der ökumenischen Bewegung. Vor allem Spannungen zwischen orthodoxen und protestantischen Kirchen sowie leere Kassen schwächten den Dachverband. Dabei setzte sich Raiser für eine Einbindung der Orthodoxie in den Weltkirchenrat ein. Im Zuge dieser Auseinandersetzung zog sich die evangelische Landesbischofin Margot Käßmann (Hannover) aus dem Weltkirchenrat zurück.

Konrad Raiser ist Autor zahlreicher Aufsätze und Bücher. Er ist verheiratet und hat vier Söhne. Seine Frau Elisabeth war evangelische Präsidentin des ersten Ökumenischen Kirchentages 2003 in Berlin. *(Red.)*

Quellen:

Religion im öffentlichen Raum

Tagung aus Anlass des 70. Geburtstages von Konrad Raiser, Evangelische Akademie zu Berlin, 25. 1. 2008

Aus dem Inhalt:

Begrüßung und Grußworte

- ▶ Dr. Rüdiger Sachau:
»Religion im öffentlichen Raum /Begrüßung« 4
- ▶ Dr. Gerd Rüppell:
»Grußwort im Namen der Schülerinnen und Schüler von Konrad Raiser« 5

I. Religion und Politik – eine Verhältnisbestimmung

- ▶ Dr. Dr. h.c. Gret Haller:
»Religion und Politik – eine Verhältnisbestimmung « 7
- ▶ Konrad von Bonin:
»Alle wollen Frieden sichern« 10
- ▶ Prof. Dr. Dr. Heinrich Schäfer:
»Religion, Politik und...? Zur Verankerung religiöser Praxis
in sinnlich-menschlicher Tätigkeit« 12

II. Kirchen und Religionsgemeinschaften im öffentlichen Raum

- ▶ Dr. h.c. Rolf Koppe:
»Kirchen und Religionsgemeinschaften im öffentlichen Raum /
Einleitendes Statement« 16
- ▶ Frank Schürer-Behrmann:
»Gedanken zu Neustadt am See« 17
- ▶ Dr. Dietrich Werner:
»Investition in theologisch Aus- und Fortbildungsarbeit weltweit als
Gebot globaler Entwicklung heute« 19
- ▶ Lioba Diez:
»Die ökumenische Bewegung muss sich einem Dialog der Generationen öffnen« 23

Kommentar zur Diskussion

- ▶ Konrad Raiser:
»Was mich bei diesen Diskussionen bewegt« 24

Laudatio

- ▶ Dr. Wolfram Stierle:
»Kirche sein im 21. Jahrhundert« 27

Religion im öffentlichen Raum / Begrüßung

Von Akademiedirektor Dr. Rüdiger Sachau / Dr. Gerd Rüppell

Religion im öffentlichen Raum – Aus Anlass des 70. Geburtstages von Konrad Raiser, Evangelische Akademie zu Berlin 25. 1. 2008

Herzlich willkommen in der Evangelischen Akademie zu Berlin!

Herzlich willkommen zum 70. Geburtstag von Konrad Raiser!

Sie, lieber Herr Raiser, begrüße ich gemeinsam mit Ihrer Frau ganz besonders.

Wir freuen uns, mit Ihnen hier in der Französischen Friedrichstadtkirche in der Gemeinschaft von Wegbegleitern, Freunden und Familie dankbar vor Gott diesen Tag begehen zu können. Seinen Segen und seine Nähe wünschen wir Ihnen für jeden Tag, der Ihnen weiter geschenkt ist. Aus dem Kreis der Familien Raiser und von Weizsäcker begrüße ich besonders Herrn Bundespräsidenten von Weizsäcker.

Ich begrüße die Bischöfe und leitenden Geistlichen. Ich begrüße die Mitglieder des Deutschen Bundestages, namentlich die ehemalige Vizepräsidentin Antje Vollmer, und die zahlreichen Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Gesellschaft, Wissenschaft und der weltweiten Kirche.

Gestatten Sie mir, noch einen verehrten Gast besonders zu begrüßen:

Philipp Potter, Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen bis 1984.

Schön, dass Sie da sind, viele erinnern sich an Ihren 80. Geburtstag, den wir 2001 in Loccum und Bad Segeberg begingen.

Meine Damen und ich habe die Freude, einen Glückwunsch des amtierenden Generalsekretärs des Ökumenischen Rates der Kirchen, Samuel Kobia, vortragen zu dürfen, der uns soeben erreichte:

»Liebe Organisatoren und Teilnehmende an dem Symposium zu Ehren von Konrad Raisers 70. Geburtstag!

Der Ökumenische Rat der Kirchen und ich als Generalsekretär freuen uns, dass dieser besondere Tag mit einem besonderem Ereignis gefeiert wird. Es ist in der Tat die beste Art, den 70. Geburtstag meines früheren Kollegen, meines Freundes und Vorgängers als Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen, Professor Dr. Konrad Raiser, zu begehen: Nachzudenken

über die aktuellen Herausforderungen für die ökumenische Bewegung und die Kirchen.

Mit seinem analytischen Verstand, seinem breiten theologischen Wissen und seinem nachdrücklichen Einsatz für die Einheit und das gemeinsame Zeugnis der Kirchen – stets verbunden mit seiner Leidenschaft für Gerechtigkeit und Frieden – hat Konrad Raiser in den vergangenen 40 Jahren maßgeblich dazu beigetragen, den Ökumenischen Rat weiterzuentwickeln und die ökumenische Bewegung voranzubringen.

Liebe Elisabeth, lieber Konrad, Ich bin sicher, dass Ihr dieses Beisammensein im Kreise Eurer Familie und Freunde genießen werdet. Gemeinsam habt Ihr viele Menschen, besonders auch junge Leute, für die Ökumene begeistert. Es war ein besonderes Privileg für mich, mit Euch zusammenzuarbeiten und Dir, Konrad, im Amt des Generalsekretärs des Ökumenischen Rates nachzufolgen.

Mit meinen besten Wünschen für einen wunderbaren Tag, der Euch in guter Erinnerung bleiben möge.«

(Samuel Kobia, Generalsekretär)

Wir kommen zum Thema und Ablauf dieses Nachmittags. Wie ist das Verhältnis von Religion und Politik?

- Können sich die Religionsgemeinschaften bei aller notwendigen Trennung der beiden Bereiche im internationalen Zusammenhängen einer Verantwortungsübernahme im globalen Lebensraum entziehen?
- Welche Rolle werden zukünftig die christlichen Religionsgemeinschaften einnehmen, die in ihrer Organisation nicht als Großkirchen gestaltet sind?
- Wenn die traditionelle ökumenische Frage zunehmend überholt ist, wird dann die Engführung auf die historischen Kirchen und ihre Beziehungen ausreichen können?
- Bringt sich die Religion mit der Reduktion der Debatte über Globalisierung auf ökonomische Faktoren selber um ihre Handlungsfähigkeit?

Diese Fragen sind Fragen, die Konrad Raiser stellt. Entwickelt wurden sie im Gespräch, das Frau Dr. Erika Godel und ich mit Ihnen und Ihrer Frau im letzten Jahr geführt haben. Fragen, die wir für lohnend und für herausfordernd halten, sich mit ihnen auseinander zu setzen.

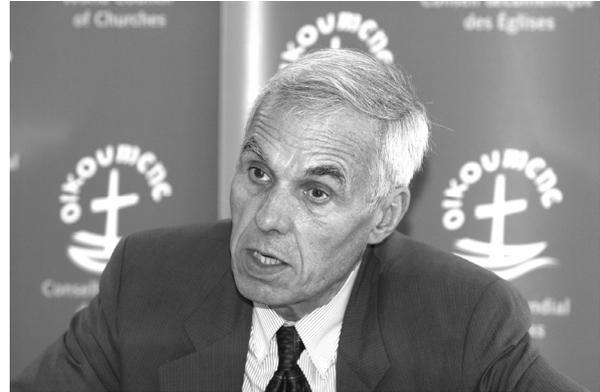
Wir wollen ihnen in zwei Gesprächsrunden nachgehen. Und so wollen wir Sie, lieber Herr Raiser, an Ihrem 70. Geburtstag ehren indem wir mit Ihnen an diesem Tag die Diskussionen weiter verfolgen, die Sie für die Zukunft für wichtig und notwendig ansehen. Dr. Erika Godel und ich werden Sie von Station zu Station geleiten.

Nach den beiden Gesprächsrunden, die naturgemäß eher ein Anreißer von Themen sind, die es weiter zu vertiefen gilt, haben wir Konrad Raiser um eine kommentierende Antwort gebeten.

Erst danach werden wir vor dem festlichen Teil eine kurze Pause machen, ich bitte um Ihre Mitwirkung, dass diese auch kurz bleibt.

An Gottes Segen ist alles gelegen, darum soll eine Andacht unsere gemeinsame Zeit beschließen. Bischöfin Bärbel Wartenberg-Potter ist gestern leider krank geworden. Wir sind dankbar, dass ihre Amtsnachfolgerin als Geschäftsführerin der Centrale der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland, Pfarrerin Barbara Rudolph diese Andacht mit uns halten wird.

Ausklingen wird unser Zusammensein beim Geburtstagsempfang in der Kirche, zu dem ich Sie im Namen der Familie Raiser herzlich einladen darf.



Konrad Raiser bei der Sitzung des Zentralausschusses des Ökumenischen Rates der Kirchen, am 4. September 2006 in Genf. Quelle: epd-bild/Peter Williams

Und Musik wird unser Herz erfreuen, ich danke schon jetzt dem Trio Quodlibet: Rainer Kimstedt, Violine, Regine Pfeleiderer, Viola, Katharina Maechler, Violoncello.

Zu einem kurzen Grußwort im Namen der Schülerinnen und Schüler von Konrad Raiser darf ich jetzt das Wort an Dr. Gert Rüppell übergeben.

Grußwort im Namen der Schülerinnen und Schüler von Konrad Raiser / Von Dr. Gerd Rüppell

Als ich die gestrige Losung las, kam sie mir so recht geeignet vor, für die Situation, in der ich mich hier befinde...

Wenn sie euch hinführen und überantworten werden, so sorgt euch nicht vorher, was ihr reden sollt; sondern was euch in jener Stunde gegeben wird, das redet. (Markus 13,11)

In diesem Sinne lieber Konrad, liebe Elisabeth, liebe Familienmitglieder, Freunde und Freundinnen, Ökumenische Weggenossinnen und Weggenossen von Konrad, sehr verehrte Damen und Herren. Es ist für mich eine Freude und Ehre, dass ich Dir Konrad, im Namen Deiner Schülerinnen und Schüler aber auch all jener anderen Weggenossinnen und Weggenossen mit denen Du gemeinsam den ökumenischen Lernpfad beschritten hast, Grüße zu diesem besonderen Geburtstag überbringen darf.

Es ist mehr als ein Gebot der Höflichkeit, wenn ich an den Anfang dieses Grußworts, den Dank stelle, für die Anregungen, Ermutigungen und Bestärkung die wir, hier Anwesenden, von Dir auf gemeinsamer ökumenischer Wegstrecke, auf Wanderungen, Spaziergängen, Gesprächen und Zusammenarbeit in Projekten, erfahren haben. Wir waren, und werden dies hoffentlich noch lange sein, mit einem abgewandelten ökumenischen Ausdruck, der Dir sicherlich bekannt ist

»Freunde vornehmlich in der Gemeinschaft gemeinsamen Werdens.«¹

Dies werden wir brauchen, gibt es doch noch viel gemeinsames zu tun, für eine ökumenische Zukunft unserer Kirche, ob in Deutschland, dass ja als *Acker* uns am nächsten liegt, oder auch jen-

seits der Grenzen von Boden- und Ostsee, Rhein und Oder-Neisse.

In einem Jahr sind es, 20 Jahre, her dass die »Ökumene im Übergang« erschien. Damals, hastest Du Konrad mit Schülern und Freunden die Idee, einen zweiten Band zu schreiben. Welches Deiner Bücher dann dieser zweite Band geworden ist, musst Du uns noch verraten, auf alle Fälle ist deutlich, »Wir stehen noch am Anfang«².

Vor etwa 39 Jahre standst Du am Anfang einer Ökumene die Dich und die Du gestaltet hast. In meinen Augen betratst Du die Bühne im Jahr der PCR Beschlüsse 1969. Im gleichen Jahr tagte der Arbeitsausschuss *Deiner Abteilung*, der Kommission für Glaube und Kirchenverfassung über die Vorlage zum Thema *Einheit der Kirche – Einheit der Menschheit* d.h. die Frage nach der Interdependenz von kirchlichen Einheitsversuchen und den offensichtlich rasant voranschreitenden, nordatlantisch betriebenen, Einheitsprozessen der Menschheit. »Wenn die Kirche aktiver Faktor auf dem Weg zur Einheit der Menschheit sein soll,« hieß es dort, »sind derart große Änderungen des Verständnisses, der Ethik und der Struktur nötig, dass die trennenden Faktoren wie zu eng gewordene Schalen abgesprengt werden.«³.

Thema und Zitat seien hier erwähnt, weil mir scheint, dass sich hier der basso continuum findet, das Thema, dass Dich nicht los lies, allem eine Basis war. War die Kirche Zeichen, für die kommende Einheit der Menschheit oder ist die Menschheit, ihre Globalisierungseinheit, in ihrem Sosein wie sie ist, Zeichen dafür, dass die Kirchen in ihren Einheitsansätzen längst überholt worden sind? Waren nicht Schalen abzusprengen, ging dies ohne Verwundungen? Die Ökumenische Diskussion der Kirchen hat angesichts einer globalisierten Oikoumene der Herrschaft, dringenden Klärungsbedarf bezüglich Aufgabe und Selbstverständnis. Ich entsinne eine Bemerkung Deinerseits mir gegenüber, als Du darüber klagtest, dass es im ÖRK eigentlich nicht genug Politikwissenschaftler und Juristen gäbe, um den Kirchen bei diesen brennenden Fragen adäquate Stütze sein zu können und die Position der Kirchen relevant im Diskurs zur Global Governance zur Sprache bringen zu können.

Jedoch zurück zur *Ökumene im Übergang*, jenem anhaltenden Prozess. Von den Schülern und Freunden mit denen Du die Idee einer Fortschreibung damals und auf dem Weg Deines ökumeni-

schen Engagements, bedachtest, sind hier nun eine ganze Anzahl versammelt, um mit Dir nicht nur das 8. Jahrzehnt einzuläuten sondern wie könnte es anders sein, mit Dir Ratschlag, ein Symposium abzuhalten. *Symposion*, jenes seit Platon philosophisch aufgewertete Gelage bei dem in Begleitung guten Essens und ordentlichen Trinkens, sowie angenehmer Musik, Wichtiges reflektiert wurde.

Die Übersetzung als **Gastmahl** führt dabei fälschlicherweise leicht dazu, im *Symposion* nur das ausgelassene Trink- und Essgelage zu sehen. Deshalb habt ihr das Mahl wohlweislich an das Ende der inhaltlichen Gespräche gesetzt. Dafür sei hier um der Inhalte willen, gedankt. Die Griechen auch dies sei angemerkt, kannten den usus, dass einer der Anwesenden für den Abend zum **Symposiarchen** gewählt. Dies seiest nun Du Konrad (*Übergabe eines Lesezeichens mit Symposionabbildung*) Und was bedeutet das Amt? Der Symposiarch legte die Einzelheiten des Trinkens und der Themen fest und sorgte so für die angemessene Ordnung. Von einem ehrenvollen Mann erwartete man darüber hinaus, dass er über dem Trinken nicht seine Tugendhaftigkeit vergäße, wovon wir bei Dir vollkommen überzeugt sind und danach auch ohne Begleitung nach Hause fände, dass wollen wir heute nicht so ernst nehmen.⁴

Lieber Konrad es sei noch einmal betont, wie sehr wir, Deine Schülerinnen und Schüler und Weggefährten auf oft staubiger ökumenischer Strasse uns freuen, Nachmittag und Abend mit Dir und Elisabeth verbringen zu können und wie sehr wir Dir wünschen, dass Dir noch viel Energie gegeben werde, an diesen für uns alle so bedeutsamen Fragen weiterzustricken. Nun aber ist es Zeit sich eben diesen Fragen von Politik, Religion und Kirche zu widmen, die Dir so am Herzen liegen.

Anmerkungen:

¹ Studiendokument der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung – *Einheit der Kirche – Einheit der Menschheit* 1. Fassung) in: Müller-Fahrenholz, Geiko, *Einheit in der Welt von heute. Die Studienarbeit der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung zum Thema Einheit der Kirche - Einheit der Menschheit*, Frankfurt 1978, 38.

² Raiser, Konrad, *Wir stehen noch am Anfang - Ökumene in einer veränderten Welt* Gütersloh (1994)

³ Studiendokument Abs. 6 bei Müller-Fahrenholz, aaO, 48.

⁴ Vgl. Platon, *Nomoi, Sämtliche Werke. Bd.IV. Hamburg* 1994.

Religion und Politik - eine Verhältnisbestimmung

Von Dr. Dr. h.c. Gret Haller

Religion im öffentlichen Raum – Aus Anlass des 70. Geburtstages von Konrad Raiser, Evangelische Akademie zu Berlin 25. 1. 2008

Einleitung / von Dr. Rüdiger Sachau:
Ich begrüße Sie zur ersten Gesprächsrunde, unter dem Titel Religion und Politik – eine Verhältnisbestimmung. Die in Europa erarbeitete und in und durch unendliches Leid gewonnene Trennung von Religion und Politik ist ein Fortschritt, den wir prinzipiell gerne weltweit durchgesetzt sähen. Religion soll Politik weder ersetzen, noch aufladen, sondern ermöglichen.

Auch die Evangelischen Akademien sind Ausdruck dieser Verhältnisbestimmung.

Was aber, wenn die bisherige Trennung von Religion und Politik, das sich Fernhalten der Religionsgemeinschaften – besonders im internationalen Kontext – zu einem Vakuum führt. Wenn säkulare Partner, Regierungen mehr Beitrag der Religionen zur global governance erwarten? Diese Frage stellt Konrad Raiser, und er weitet den Blick damit vom nationalen zum weltweiten Kontext: Was kann Religion zur beitragen, ohne sich instrumenta-

Historischer Ausgangspunkt für eine Standortbestimmung über das Verhältnis zwischen Religion und Politik in Europa ist der Westfälische Frieden von 1648. Die bis heute wirksamen Errungenschaften dieses Friedensschlusses können in drei Punkten zusammengefasst werden. Zum einen wurde die Religion in eine übergeordnete staatliche Ordnung eingebunden. Im weiteren wurde das Prinzip der Gleichheit der Staaten festgeschrieben, und drittens wurde – gestützt darauf – das Völkerrecht erfunden. Völkerrecht – also Recht zwischen verschiedenen Staaten – kann man nur aushandeln, wenn die beteiligten Akteure gleich beteiligt sind und die Repräsentanten jedes Staates am Schluss entweder ihre Unterschrift unter das vereinbarte Dokument setzen können oder aber diese Unterschrift verweigern.

lisieren zu lassen oder umgekehrt die Politik für eigene Interessen zu missbrauchen?

Ich begrüße

Dr. Dr. h. c. Gret Haller, Juristin, ehemalige Präsidentin des Schweizer Parlaments, Botschafterin beim Europarat, Ombudsfrau für Menschenrechte in Bosnien und Herzogowina, Mitglied der europäischen Kommission für Demokratie und Recht, Lehrbeauftragte in Frankfurt

Dr. Fritz-Erich Anhelm, Direktor der Evangelischen Akademie Loccum, langjähriger Generalsekretär der Evangelischen Akademien in Deutschland und der Ökumenischen Vereinigung. (Hinweis der Red.: Anhelms Statement liegt nicht in schriftlicher Fassung vor.)

Prof. Dr. Dr. Heinrich Schäfer, Theologe und Soziologe, Professor an der Universität Bielefeld, viele Jahre Professor in Lateinamerika,

Dr. Konrad von Bonin, Vorstandsvorsitzender des Evangelischen Entwicklungsdienstes, vorher Studienleiter und stellvertretender Generalsekretär beim Deutschen Evangelischen Kirchentag.

Alteuropäischer Dualismus

Zum ersten Punkt der Einbindung der Religion in eine übergeordnete Rechtsordnung gibt der historische Ausgangspunkt einen Hinweis, der auch für das heutige Verhältnis zwischen Religion und Politik von Bedeutung sein kann. Wenn 1648 der Durchbruch zum westfälischen Frieden überhaupt möglich wurde, so war dies das Resultat einer langen Vorgeschichte. Schon im Mittelalter hatten Politik und Religion keine Einheit gebildet, sondern Kirche und Staat hatten sich immer in Konkurrenz gegenübergestellt. Auch der politische Bereich selber bildete keineswegs eine Einheit, viele Staaten rangen miteinander um politischen Einfluss. Europa kann politisch als eine einzige lange Geschichte von Dualismen verstanden werden. Schon nach dem ersten großen Auseinanderfallen zwischen den Römern im Süden und den sogenannten Barbaren im Norden teilte

sich die christliche Kirche in einen östlichen und einen westlichen Teil entlang den Grenzen zwischen dem römischen Ost- und Westreich, und es folgte die jahrhundertelange Auseinandersetzung zwischen Kirche und Staat.¹ Aufgrund dieser vielfältigen historischen Dualismen, insbesondere jenem zwischen Religion und Staat, hatte Europa bereits im 16. Jahrhundert die Zeit der Absolutheitsansprüche längst hinter sich gelassen, sowohl religiös als auch politisch. Zwar führte diese bereits differenzierte politische Ordnung nach der Reformation zu konfessionellen Glaubenskriegen, denn die verschiedenen Staaten unterstützten verschiedene Konfessionen. Und da die letzteren absolute Wahrheit und Universalität beanspruchten, waren die Glaubenskriege darauf angelegt, nicht durch Friedensschluss, sondern nur durch die völlige Vernichtung einer Kriegspartei beendet werden zu können.

Genau die selbe Ausgangslage war es aber, die schließlich den Friedensschluss ermöglichte. Die selben Politiker, welche den Krieg herbeigeführt hatten, wandten sich in einem bestimmten Zeitpunkt den Friedensbemühungen zu. Ein fundamentalistischer Monismus, in welchem die Religion die einzige und letzte Norm ist, hat bei ihnen nicht Fuß fassen können. Sie unterschieden weiterhin zwischen der kirchlich-religiösen und der staatlich-politischen Fürsorge für ihre Untertanen. So hatte der längst gegebenen Dualismus zwischen Religion und Politik zur Folge, dass sie umdenken konnten, als es sich zeigte, dass der Krieg sowohl Staat und Gesellschaft als auch die Kirchen ins Verderben stürzen könnte. In seiner Abhandlung zum Westfälischen Frieden bezeichnet Heinz Schilling diese Ausgangslage als »alteuropäische Säkularisation«, und er meint damit die Prägung Europas durch vielfältigen Dualismen, welche schon lange vor dem 17. Jahrhundert bestanden hatten. Die Doppelrolle der Kriegsherren als staatlich-politische und kirchlich-religiösen Führer habe dazu geführt, dass die weltlichen Friedensbemühungen auch eine sakrale Dimension erhalten hätten.² So sei es damals gelungen, aufgrund des alten europäischen Dualismus das religiöse Engagement in den Frieden zu kanalisieren. Der Westfälische Frieden bildet deshalb eine Art Epochenschwelle, er beinhaltet eine neue Philosophie und weist dadurch auch über seine konkreten Regelungen hinaus.³

Gleichheit und Auserwähltheit

Die zweitgenannten Errungenschaft des westfälischen Friedens – die Gleichheit der Staaten – ergab sich mit der Einbindung der Religion in die

übergeordnete Rechtsordnung. Die Nicht-Beendbarkeit der Glaubenskriege basierte auf religiösem Auserwähltheitsdenken, welches die kriegführenden Staaten zunächst übernommen hatten. Das Umdenken der damaligen Politiker führte vom Auserwähltheits- zum Gleichheitsdenken. Damals ging es noch nicht um die Gleichheit der Individuen, sondern um die Gleichheit der Staaten. Erst die Aufklärung brachte die Analogie zu den Individuen. Heute kennt das Völkerrecht nicht nur die Gleichheit der Staaten, es postuliert auch die Gleichheit der Individuen, seit 1948 der einzelne Mensch zum Völkerrechtssubjekt erklärt worden ist, zum Subjekt und Träger der völkerrechtlich garantierten Menschenrechte. Jede demokratische Rechtsordnung kennt die Gleichheit der Rechtssubjekte. Sowohl für die Staaten als auch für die Individuen stehen Gleichheit und Auserwähltheit in einer direkten Gegenposition. Gleichheit und Auserwähltheit schließen sich gegenseitig aus, denn überall, wo es Auserwählte gibt, muss es auch Nicht-Auserwählte geben. Im staatlichen Recht gibt es deshalb keine Auserwähltheit von Menschen oder Menschengruppen, im Völkerrecht gibt es keine Auserwähltheit von Staaten oder Nationen.

Menschenwürde, welche in den Menschenrechten zum Ausdruck kommt, kann nur als gleiche Würde aller Menschen Bestand haben. Knüpft man an das Muster des Westfälischen Friedens an, das religiöse Engagement in den Frieden zu kanalisieren, so liegt es nahe, eine Begründung für die Menschenwürde im christlichen Gedanken der Gottesebenbildlichkeit des Menschen zu sehen. Nun ist aber auch die heutige christliche Welt nicht frei von Auserwähltheitsvorstellungen. Wo immer solche zum Tragen kommen, wird die Gleichheit zur Illusion und damit auch die gleiche Würde aller Menschen. Wenn Auserwählte bei – aus ihrer Sicht – Nicht-Auserwählten die Einhaltung von Menschenrechten anmahnen, gehen sie von einem Verständnis dieser Rechte aus, welches abgekoppelt ist von der Gleichheit, denn diese ist mit dem Auserwähltheitsgedanken nicht vereinbar. So verstandene Menschenrechte müssen den – in den Augen der Anmahner – Nicht-Auserwählten als Instrument eines kulturellen Imperialismus erscheinen.

Selbstaufklärung der Religion

Der christliche Gedanke der Gottesebenbildlichkeit kann erst dann unterstützend in die Vorstellung der Gleichheit aller Menschen und ihrer Würde eingebracht werden, wenn er jede Spur von Auserwähltheit hinter sich gelassen hat und keinen

Anspruch stellt auf absolute Wahrheit. Denn so wie Menschenwürde niemals auf Auserwähltheit beruhen kann, so ist Menschenwürde auch nie eine absolute Wahrheit. Wer die Gegner der gleichen Würde aller Menschen gewaltsam bekehren will, zerstört damit die Menschenwürde als solche und damit auch die eigene Menschenwürde. Menschenwürde kann nur immer wieder erarbeitet werden, sie gerät immer wieder in jenem Bereich, in welchem sie verletzt werden könnte, und es bedarf immer wieder des Gesprächs mit jenen, welche sie verletzen könnten, sie verletzen möchten oder sie bereits verletzt haben.

“ **Religion, welche absolute Wahrheit beanspruch und Auserwähltheitsvorstellungen nicht ausdrücklich ablehnt, stellt sich implizit gegen die Gleichheit der Menschen und gegen die Gleichheit der Staaten. Damit wird sie eminent politisch.**

Religion, welche absolute Wahrheit beanspruch und Auserwähltheitsvorstellungen nicht ausdrücklich ablehnt, stellt sich implizit gegen die Gleichheit der Menschen und gegen die Gleichheit der Staaten. Damit wird sie eminent politisch. Eine politisch Wirkung entfaltet aber auch das Umgekehrte, nämlich der öffentlich thematisierte Verzicht auf absolute Wahrheitsansprüche und Auserwähltheitsvorstellungen. Die Auswirkung ist eine ganz praktische. In den vergangenen Jahrzehnten hat das Völkerrecht an Bedeutung gewonnen. Darüber hinaus hat Europa in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts die Nationen in eine übergeordnete Ordnung eingebunden, nachdem es im Na-

men der Nationen zu ähnlich desaströsen Kriegen gekommen war wie dreihundert Jahre früher im Namen der Religionen. Das Muster für die Einbindung der Nationen – sei das nun in die Europäische Union oder ins Völkerrecht ganz generell – liegt historisch in der Westfälischen Einbindung der Religion in eine übergeordnete Rechtsordnung. Dass diese Westfälische Einbindung der Religion das Muster darstellt für die viel später erfolgte Einbindung der Nationen, macht die Verantwortung für das Wissen um dieses Westfälische Muster auch zu einer politischen, die weit über religiöse Belange hinausgeht.

Und so wie die sakrale Dimension des Westfälischen Friedens nur dank der Einbindung der Religion wirksam werden konnte, so kann die Idee der Menschenwürde erst dann eine Unterstützung durch eine auch religiös verstandene Vorstellung von der Gleichheit aller Menschen erfahren, wenn die Selbstaufklärung der Religion unumstößlich geworden ist.

Anmerkungen:

¹ Harold Joseph Berman, »Recht und Revolution: die Bildung der westlichen Rechtstradition«, Frankfurt 1991, S.16 ff

² Heinz Schilling, »Der Westfälische Friede und das neuzeitliche Profil Europas« in Heinz Duchhardt (Hg.), »Der Westfälische Friede. Diplomatie - politische Zäsur - kulturelles Umfeld - Rezeptionsgeschichte«, München 1998, S.17 ff

³ Heinhard Steiger, »Der Westfälische Frieden - Grundgesetz für Europa?« in Heinz Duchhardt (Hg.), »Der Westfälische Friede. Diplomatie - politische Zäsur - kulturelles Umfeld - Rezeptionsgeschichte«, München 1998, S.65/80 

Alle wollen Frieden sichern

Von Konrad von Bonin

Religion im öffentlichen Raum – Aus Anlass des 70. Geburtstages von Konrad Raiser, Evangelische Akademie zu Berlin 25. 1. 2008

Der Glaube bestimmt das Staatshandeln. Auch in Deutschland. Das zeigt sich deutlich im internationalen Dialog, wenn etwa die Geltung von Menschenrechten verteidigt werden muss

Die wertegeleiteten Ziele der deutschen Außenpolitik beruhen weithin auf christlicher Grundlage. Zu diesen Zielen gehören die Demokratie, die Wahrung der Menschenrechte und auch der Einsatz für eine Weltwirtschaft des freien Unternehmertums. Wesentliche Wurzeln dieser heute säkular formulierten politischen Leitideen liegen im Christentum, überwiegend im Protestantismus. Die Menschenwürde ist nicht zu verstehen ohne das biblische Bild, dass jeder Mensch Ebenbild Gottes ist. Die politischen Freiheitsrechte knüpfen an das Verständnis von Freiheit und Gleichheit in der Reformation und in den ihr nachfolgenden politischen Debatten des 16., 17. und 18. Jahrhunderts an. Und dass der »Geist des Kapitalismus«, das Konzept des wertegeleiteten freien Unternehmertums, seine zentrale Grundlage in der »protestantischen Ethik« hat, wies Max Weber in seiner berühmten Studie im Jahre 1905 nach.

Dabei war das Ziel des wirtschaftlichen Erfolgs verbunden mit der Forderung nach persönlicher Askese und der Sorge für die Armen, als Bewahrung vor Gott in dieser Welt. Später kam das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft aus der katholischen Soziallehre und der evangelischen Sozialethik dazu. Die Demokratie mit dem allgemeinen, gleichen und freien Wahlrecht basiert auch auf reformatorischem Denken, musste aber historisch zum Teil gegen die Kirchen erkämpft werden. Alles dies ist, in säkularisierter Form, weiterentwickelt worden in und nach der Aufklärung. Die europäische Aufklärung ist, neben der Wiederaufnahme antiken Denkens, säkularisiertes Christentum und nicht säkularisierter Islam oder säkularisierter Buddhismus oder säkularisierter Konfuzianismus.

Das wissen gebildete Araber und Chinesen genau, wenn westliche Partner mit ihnen über die Universalität der Menschenrechte diskutieren. Die Menschenrechtserklärungen der Vereinten

Nationen sind wesentlich von christlich geprägten Ländern auf den Weg gebracht worden. Die Diskussion darüber kann fruchtbar sein, wenn auch die Entgleisungen in der Geschichte christlicher Staaten und das dadurch anderen Völkern zugefügte Leid benannt werden, die oft im Namen der Religion begangen und gerechtfertigt wurden. Sie muss zudem offen sein für Anregungen aus anderen Religionen und Kulturen.

Der christliche Ursprung der Menschenrechte tritt in der internationalen Debatte immer wieder zutage. Es ist dann wenig überraschend und oft wenig hilfreich, wenn gerade Menschenrechtsgruppen und Menschenrechtsorganisationen gern mit missionarischem Pathos predigen. Heute gibt es für das zivile Zusammenleben der Völker keinen größeren gemeinsamen Nenner als die Menschenrechte. Gerade daher ist der glaubwürdige Umgang mit ihnen in der internationalen Politik wichtig.

Der Einfluss der Kirchen auf die Außenpolitik ist in drei Bereichen besonders deutlich: Frieden, Armutsbekämpfung und die Bewahrung der Schöpfung. Frieden ist ein Ziel der Außenpolitik. Der Auftrag, Frieden zu stiften, ist auch eine der zentralen Forderungen vieler Religionen. Vor drei Monaten, im Oktober 2007, fand in Neapel wieder das Internationale Friedens- und Gebetstreffen mit Vertretern der Weltreligionen statt. Dabei waren nicht nur Papst Benedikt XVI., der Ökumenische Patriarch von Konstantinopel, Bartholomaios I., der Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Wolfgang Huber, und der anglikanische Primas Rowan Williams, sondern auch Vertreter der Juden, der Muslime, der Hindus und anderer Religionen präsent.

Die Religionsführer sind sich ihrer zwiespältigen Geschichte bewusst, aber auch der Kraft ihrer Stimmen. Politiker suchen ihren Rat, benötigen sie auch zu ihrer eigenen Legitimation. Dieser Gefahr des Missbrauchs müssen sich Politiker und Religionsführer bewusst sein. Virulent werden missbräuchlicher Einfluss einerseits und Instrumentalisierung andererseits am ehesten in autoritären Staaten und Systemen. Von daher braucht nicht nur der freiheitliche Staat die »Wertschöpfung« der Religion, sondern die Religion braucht auch den freiheitlichen Staat als Raum der freien Entfaltung. In der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland hatten die Kirchen eminenten Einfluss auf die Friedensdebatte: Denkschriften zur Versöhnung mit Polen und mit

den Völkern der Sowjetunion, Beteiligung an der Diskussion über die Wiederaufrüstung, die Militärseelsorge und Auslandseinsätze der Bundeswehr, die Friedensbewegung auf Kirchentagen, die Rolle der Kirche bei der Wende in der DDR. Anfang November erschien die zweite Friedensdenkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Im Jahr 2000 veröffentlichten die katholischen Bischöfe die Schrift »Gerechter Friede«.

„ Der säkulare Staat braucht die Mitwirkung der Religionsgemeinschaften bei der Formulierung seiner Politik, und er wird durch diese Mitwirkung bereichert.

Entwicklungspolitik ist ein wichtiger Teil der Außenpolitik. Die Armutsbekämpfung ist zentrales Ziel der Entwicklungszusammenarbeit. Auch wenn es in letzter Zeit politisch eher zurückgenommen wird zugunsten der Aufgabe, »internationale Strukturpolitik« zu betreiben, bleibt es nicht zuletzt durch den Einfluss der Kirchen auf der Tagesordnung. Und die Aufgabe, die Millennium Development Goals (MDG) der Vereinten Nationen und die Halbierung der weltweiten Armut bis 2015 zu erreichen, ist in diesem Jahr in Heiligendamm erneut betont worden.

Für Christen, Juden und Muslime gehört die Hilfe für die Armen zum Kern ihrer Religionen. Die heiligen Bücher sind voll davon. In der Armutsbekämpfung betreiben die Kirchen durch ihre Hilfswerke die intensivste Lobby- und Advocacy-Arbeit: in Deutschland, in Europa, bei internationalen Organisationen. Allein die europäischen protestantischen Hilfsorganisationen bringen ein Fördervolumen von mehr als 500 Millionen Euro zusammen. Zudem haben die Kirchen in vielen Ländern des Südens unmittelbaren Zugang zu den von Armut, Hunger und Not betroffenen Menschen. In den deutschen Botschaften vor Ort ist dies bekannt.

Für die Bewahrung der Schöpfung haben sich die Kirchen lange vor der heutigen Klimadebatte eingesetzt. Carl Friedrich von Weizsäcker initiierte auf dem Evangelischen Kirchentag in Düsseldorf 1985 einen konziliaren Prozess für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung. Ein Drittel der vom Evangelischen Entwicklungsdienst international geförderten Projekte haben einen unmittelbaren Umweltbezug. Zusammen mit anderen Nichtregierungsorganisationen sind die kirchlichen Hilfswerke vor allem im internationalen Kontext, wie bei der Weltklimakonferenz in Bali, tätig.

Der säkulare Staat braucht die Mitwirkung der Religionsgemeinschaften bei der Formulierung seiner Politik, und er wird durch diese Mitwirkung bereichert. Dies hat drei Hauptgründe:

- Das protestantische Staatsverständnis fordert den säkularen Staat. Die Trennung von Staat und Kirche wurde im 17. und 18. Jahrhundert in England und Nordamerika von Protestanten erkämpft. In der Barmer Theologischen Erklärung von 1934 wurde diese Trennung erneut ausdrücklich gefordert. Der Staat kann aber nicht selbst die Werte schaffen, auf denen er beruht. Voraussetzung für eine funktionierende Demokratie ist ein offener Prozess der politischen Willensbildung in der Gesellschaft. Dabei ist die Mitwirkung der Interessenverbände, der Zivilgesellschaft, aber auch der Kirchen und Religionsgemeinschaften konstitutiv.
- Das Grundgesetz erkennt die Bedeutung der Kirchen an. In der demokratischen Praxis der Bundesrepublik Deutschland hat sich seit Jahrzehnten eine Kultur der Kooperation zwischen Staat und Kirche entwickelt. Dabei ist das Konzept der Subsidiarität eine der demokratietheoretischen Grundlagen. Beispiele für diese Kooperation sind das Gesundheitswesen, die Bildung und die Entwicklungspolitik.
- Nach seiner Präambel ist das Grundgesetz erlassen worden »in Verantwortung vor Gott und den Menschen«. Dieser Horizont ist ein Hinweis darauf, dass die Stimme der Religion, in unserer Tradition die Stimme der Kirchen, nicht irrelevant und nicht illegitim ist. Ihre Stimme hat Autorität und moralische Kraft für die Gesellschaft insgesamt, gegen individuelle Einzelinteressen und Profitinteressen einzelner Unternehmen. Sie steht über der Zeit und kommt aus jahrtausendealter Weisheit, gewissermaßen aus der Ewigkeit.

Religionen und Kirchen waren eher in dieser Welt, und sie werden länger bleiben als jeder Staatsführer, jeder Unternehmenschef, jeder kommandierende General, länger auch als die einzelnen Staaten. Religionsführer haben ihre Schwächen wie andere Menschen auch. Die Kraft der Religion und der Geist der Kirchen sind aber stärker als jeder einzelne Vertreter. Das wissen die Menschen, das wissen auch kluge Politiker. Darin liegt der tiefere Grund für den Einfluss der Religion auf die Politik. **D**

Religion, Politik... und? – Zur Verankerung von religiöser Praxis in sinnlich-menschlicher Tätigkeit

Von Prof. Dr. Dr. Heinrich Schäfer

Religion im öffentlichen Raum – Aus Anlass des 70. Geburtstages von Konrad Raiser, Evangelische Akademie zu Berlin 25. 1. 2008.

In diesem Impulsreferat soll ich einige Überlegungen zur Verhältnisbestimmung von Religion und Politik in ethischer Absicht beitragen. Sogleich stellt sich mir die Frage, warum die Aufgabenstellung von zwei Begriffen ausgeht. Eine zweipolige Verhältnisbestimmung von Politik und Religion ist freilich zunächst einmal geradezu unschuldig, wenn man den in Deutschland üblichen Kontext hochgradig institutionalisierter Religion und Politik zugrunde legt. Wenn das Kirchenamt der EKD etwa mit dem Gesundheitsministerium um den Status evangelischer Krankenhäuser korrespondiert, lässt sich das als Input-Output-Leistungen zweier geschlossener und voneinander unabhängiger Systeme darstellen – wobei die systemtheoretische Sprache nur deutlich machen soll, wie sehr »Religion« und »Politik« hier im öffentlichen Bewusstsein als in sich geschlossene Welten erscheinen. Letztlich sind Religion und Politik damit allerdings nur – in europäischer Tradition – als Kirche und Staat ins Verhältnis gebracht.

„ **Meiner Wahrnehmung nach wird die öffentliche Diskussion über Religion in Deutschland seit den Ereignissen des 11. September 2001 ein wenig zu nervös geführt.**

Aus einer ökumenischen Perspektive – Ökumene im Raiser'schen Sinne verstanden als den »Haushalt« der Menschheit – legt sich von Anfang an die Vermutung nahe, dass das Verhältnis von Religion und Politik in einer zweipoligen Verhältnisbestimmung stark unterkomplex beschrieben ist. Aus dieser Sicht bemerkt man sofort (was im Übrigen auch für Deutschland gilt): dass nämlich Religion und Politik nicht geschlossene Systeme sind, sondern nur über ihren gemeinsamen Zusammenhang im gesellschaftlichen Handeln miteinander in Beziehung gesetzt werden sollten. Man sieht außerdem, dass die Verhältnisbestimmung von Politik und Religion in hohem Maße vom verwendeten Religionsbegriff abhängig ist. Erlauben Sie mir deshalb einige Überlegungen zu einem nur im ersten Augenschein rein theoretischen Thema.

Meiner Wahrnehmung nach wird die öffentliche Diskussion über Religion in Deutschland seit den Ereignissen des 11. September 2001 ein wenig zu nervös geführt. Das hat sicher auch damit zu tun, dass Spezialisten zum Thema Religion und Gesellschaft (also vor allem Religionswissenschaftler und Religionssoziologen) mit den nötigen Differenzierungen nur schwerer Gehör in Medien finden als holzschnittartige Banalitäten. Bedeutender scheint mir aber ein spezifisches Defizit des deutschen akademischen Feldes zu sein. Anders als in den USA – wo religiöse Öffentlichkeit ein Ingrediens der Moderne ist –, wurde in Deutschland mit der Witterung der Säkularisierung im Laufe der sechziger Jahre Religion aus der akademischen Diskussion weitgehend verabschiedet. Mit »9/11« aber ist Religion zu einem unabweisbaren Faktum für die Politik geworden – und zwar mit einem erschreckenden Schlag, der unter vielen religionsentwöhnten Intellektuellen offensichtlich so etwas wie einen »Desäkularisierungs-Stupor« ausgelöst hat.

Aus dieser Schreckstarre heraus wird dann das unverständliche religiöse Geschehen als »Phänomen sui generis« wahrgenommen. Diese Auffassung wird sowohl von Sozialwissenschaftlern als auch Theologen vertreten, aber aus unterschiedlichen Gründen. Theologen sind im kirchlichen System von Berufs wegen damit beschäftigt, dessen Funktionsnormen zu erzeugen. Sie nehmen Religion als ein geschlossenes System wahr, welches allenfalls auf seine Umwelt einwirkt. Deutsche Politikwissenschaftler (Ausnahmen bestätigen die Regel!) haben sich aufgrund der Logik ihrer Disziplin nicht mit Religion beschäftigt und nehmen nun »Religion« von außen als etwas Fremdes wahr.

Für beide Gruppen legt sich – schlicht aufgrund eines Mangels an (zeitintensiv) erlernter Beschreibungskompetenz – folglich nahe, von Religion als »Phänomen sui generis« zu reden. Spätestens seit Max Weber wissen wir aber, dass es einen engen Zusammenhang zwischen »Klasse, Stand und Religion« gibt, der – mit Bourdieu'schem Vokabular geredet – sich sowohl in einer Prägung religiöser Praxis durch gesellschaftliche Positionen als auch einer Prägung gesellschaftlicher Praxis durch religiöse Disposi-

tionen vollzieht. Anders gesagt: Wer Religion als »Phänomen sui generis« auffasst, begreift sie eben nur »unter der Form des Objekts oder der Anschauung ...; nicht aber als sinnlich menschliche Tätigkeit, Praxis; nicht subjektiv« (Marx). Begreift man Religion aber praktisch, so bezeichnet der Begriff eine Gesamtheit menschlicher Überzeugungen, Praktiken und Institutionen, die sich von anderen menschlichen Lebensvollzügen nur dadurch – dadurch aber höchst wirksam! – unterscheiden, dass sie auf ein übermenschliches, übergesellschaftliches, transzendentes Anderes bezogen sind und dementsprechende Sinnzuschreibungen zu potenziell allen Wahrnehmungen, Urteilungen und Handlungen zeitigen. Nur ein solcher Religionsbegriff – der zugleich faktische Dispositionen der Wahrnehmung, des Urteilens und des Handelns *und* die gesellschaftlichen Positionen der entsprechenden Akteure berücksichtigt: also die praktische Logik religiösen Denkens, Handelns und Erleidens in den Blick bringt – ist komplex und flexibel genug, um religiöse Praxis hinreichend zu beschreiben und zu erklären (anstatt in systemtheoretisch-institutionalistische oder markttheoretische-rationalistische Reduktionismen zu verfallen).

Sieht man die Verhältnisbestimmung von Religion und Politik aus dem Blickwinkel eines solchen praxeologischen Religionsbegriffs, kann man sie gar nicht vornehmen, ohne die gesellschaftlichen Handlungsbedingungen religiöser *und* politischer Akteure mit in den Blick zu nehmen. Sie wird also dreipolig. (Bezüglich Deutschlands mag man nun immer noch der Überzeugung sein, der intra- und interinstitutionelle Handlungszusammenhang der kirchlichen und politischen Institutionen sei für Überzeugungen und Handeln der betroffenen Akteure bestimmend genug, um von weiteren gesellschaftlichen Handlungsbedingungen absehen zu können; und das mag von Fall zu Fall sogar stimmen. Aber für alles religiöse Geschehen außerhalb von Kirchen- und sonstigen Ämtern erweist sich eine dreipolige Verhältnisbestimmung und der entsprechende Religionsbegriff als weit überlegen.) Im Blick auf die Lage in der nicht-nordwesteuropäischen Welt schließlich, wo religiöse Bewegungen und allenfalls schwach institutionalisierte Organisationsformen von Religion den Ton angeben, ist der skizzierte (oder ein ähnlicher) Religionsbegriff schlechthin unverzichtbar. Wenn man begreifen will, warum Menschen in islamistischen oder christlich-pfingstlichen Bewegungen das tun, was sie tun – zum Beispiel in Nord-Nigeria erst einen Sharia-

Konflikt vom Zaun brechen und dann Friedensinitiativen zu ergreifen –, muss man ihre religiösen Sinnzuschreibungen im Zusammenhang ihrer nicht-religiösen Lebensbedingungen zu erklären in der Lage sein. Erst dann kann man verstehen, dass und warum religiöse Akteure gelegentlich Gewalt schüren und ihr gelegentlich widerstreben; und dass »Religion« keine unabhängige Variable (»sui generis«) ist, die *per se* entweder pro oder contra Gewalt wirkt, sondern dass religiöse Praxis eine intervenierende Variable ist, die gemäß verschiedenster Umstände mal pro oder auch mal contra Gewalt oder Fundamentalismus sein kann.

Erst wenn man sich die Mühe macht, »Religion« als eine menschliche Praxisform zu begreifen und zu analysieren, kann religiöse Bewegungen sachgemäß verstehen; etwa die Pfingstbewegung, die im größten Teil der Welt die derzeit stärkste religiöse Dynamik überhaupt entfaltet, stärker als der Islamismus. Politischer Aktivismus oder auch die politische Abstinenz religiöser Bewegungen haben sehr viel mit dem sozialen Milieu ihrer Entstehung und ihrer Mitglieder-Rekrutierung zu tun, ebenso wie mit den religiösen Sinngebungen für diese Lagen und schließlich mit ihren konkreten gesellschaftlichen Handlungsperspektiven.

Es gibt nicht nur *einen* Islamismus und *eine* Pfingstbewegung, sondern sehr unterschiedliche Strömungen mit höchst verschiedenen Praxisformen. Und sogar innerhalb der religiösen Organisationen gibt es extreme praktische Differenzen. So findet man etwa in der brasilianischen *Igreja Universal do Reino de Deus* in den Gemeinden der unteren sozialen Schichten eine krude finanzielle Ausbeutung der Mitglieder über einen exorzistischen Ablasshandel, mit dessen Erlösen von den Hierarchen der Kirche und sozial gut positionierten Mitgliedern Politik und Geschäft auf nationaler und transnationaler Ebene gemacht wird. Nichtsdestoweniger gilt, dass zahllose Pfingstkirchen und islamistische Vereinigungen in der Dritten Welt einen Großteil der sozialen Organisation der Slums bestreiten und für solche Menschen, die vom kapitalistischen Produktionssystem ausgespien wurden, zu einem Leben in Würde sowie zu sozialer und politischer Partizipation beitragen. »Religion« trägt also keineswegs – wie manche aufgeklärten Eurozentriker zu glauben scheinen – südlich der Toskana keineswegs nur zu »failed states«, dem Verfall des westfälischen Systems und letztlich der Barbarei bei. Sie trägt sehr häufig auf dem *grassroots*-Niveau und darüber zur sozialen Re-

organisation von Gesellschaften bei, die im Erbe von Kolonialismus, Neokolonialismus, abhängigen und prekären Modernisierungsprozessen, säkularistischem *nation building*, transnationaler Ressourcenausbeutung sowie durch Barbaren von Europas Gnaden wie etwa Mobutu quasi systematisch zerrüttet worden sind. Dass dies oft nicht mit den Mitteln eines prozedural-demokratischen Systems und religionsfrei verläuft, sollte indes nicht verwundern.

„ Erst wenn man sich die Mühe macht, »Religion« als eine menschliche Praxisform zu begreifen und zu analysieren, kann religiöse Bewegungen sachgemäß verstehen

In Uganda und im Osten des Kongo gibt es etwa eine Diskussion – hochaktuell im Vorfeld der letzten Wahlen im Kongo –, ob die formalistische Demokratie einen Sinn hat angesichts der Tatsache, dass illegale Drogen-, Waffen- oder Ressourcen-Dealer besonders gute Chancen haben, Wahlen zu gewinnen – aufgrund ihrer Finanzkraft, mit der sie Wahlgeschenke zu finanzieren in der Lage sind. Nicht nur Muslime argumentieren, dass es besser sei, formale Demokratie einzuhegen durch traditionelle Systeme sozialer Anerkennung wie etwa die muslimische *Shura*. Ein Übergriff der Religion auf die Politik? Immerhin gut fundiert in Platons bekanntem »Zuckerbäcker«-Argument gegen die Anfälligkeit von Demokratie für Korruption. Wenn man den Zusammenhang religiöser und sonstiger gesellschaftlicher Praxis im Auge hat, wird man nicht einfach über die Auffassung vieler (nicht nur religiöser) Intellektueller des Südens hinweggehen dürfen, dass ohne eine Verankerung politischer Praxis in religiöser Moral kein Staat zu machen sei.

Bevor ich meine Redezeit mit weiteren Soziologie-basierten Überlegungen zum Verhältnis von Religion, Politik und Gesellschaft ausschöpfe, lassen Sie mich nun mit einigen ethisch orientierten Perspektiven schließen. An meine vorausgegangenen Überlegungen anknüpfend, gehe ich auch hier davon aus, dass eine zweipolige Bestimmung von Politik und Religion nicht hinreichend ist. Sie läuft ethisch letzten Endes auf einen kulturprotestantischen Schulterschluss von Kirche und Staat hinaus. Eine dreipolige Verhältnisbestimmung wird auch in ethischer Hinsicht als dritten Pol den des allgemeinen gesellschaftlichen Lebens einbeziehen. Dieser wurde oben von den religiösen und sozialen Bewegungen repräsentiert. Im folgenden ist es der Gegen-

stand, um den es vielen dieser Bewegungen geht.

Wir treffen uns in Berlin, und in gewissem Sinne trägt der *genius loci* zur Konzentration der Überlegungen bei. Der Wahlspruch der Freien Universität lautet »veritas, iustitia, libertas«. Wendet man diese Unterscheidung auf die Verhältnisbestimmung von Religion und Politik an, so wäre wohl der Wahrheitsbezug der Religion zuzurechnen. Auch wenn politische Institutionen sich an Wahrheit halten sollten, sind es doch religiöse Institutionen, die *per definitionem* Wahrheit repräsentieren. Die politische Institution in der Demokratie repräsentiert Freiheit. Man kann somit, um das Verhältnis von Religion und Politik zu bestimmen, schön auf das gegenseitige Bedingungsverhältnis von Wahrheit und Freiheit verweisen. Das Verhältnis von Freiheit und Wahrheit bleibt allerdings abstrakt, wenn nicht nach den gemäß Wahrheit und Freiheit lebenden Menschen gefragt wird – wenn die Begriffe als »unter der Form des Objekts oder Anschauung« genommen werden und nicht als »sinnlich-menschliche Tätigkeit« verstanden werden. Erst der dritte Pol, die Gerechtigkeit, macht deutlich, dass Wahrheit und Freiheit von den Bedingungen abhängig sind, die sie zu leben erlauben – Bedingungen, die Andere gerade davon ausschließen, Freiheit und Wahrheit zu leben. Gerechtigkeit erweist sich somit in doppelter Weise als Korrektiv: Sie lenkt zunächst den Blick darauf, dass diejenigen, die Freiheit und Wahrheit zu leben beanspruchen und deren Möglichkeiten ausschöpfen, auch die Verantwortung tragen für eine gerechte Teilhabe Aller an den entsprechenden Lebensmöglichkeiten. Und sie lenkt damit den Blick auch zurück auf möglichen Missbrauch sowohl des Wahrheits- als auch des Freiheitsdiskurses zum eigenen Nutzen einiger Weniger.

Gerechtigkeit – und damit schließt sich der Kreis zu den einleitenden religionssoziologischen Überlegungen – ist heute vor allem die Botschaft der sozialen und religiösen Bewegungen »von unten«, aus dem Schlagschatten des wirtschaftlichen und sozialen Wohlstands. Gerechtigkeit ist auch – und damit sind wir beim Lebenswerk Konrad Raisers – die Botschaft der weltweiten ökumenischen Bewegung, all der Aktivisten, Gruppen, Kommunitäten und Kirchen, die ihre religiöse Praxis begreifen ausgehend von den sozialen, wirtschaftlichen, politischen Lebensbedingungen ihrer Mitglieder und Mitmenschen in den Slumhütten und Bauernkaten dieser Welt. Aus dieser Perspektive können Freiheit und

Wahrheit eine besondere Reinigung erfahren. Denn den Institutionen der Freiheit wird die Frage gestellt: *cui bono* – wer profitiert davon? Und die Institutionen der Wahrheit werden darauf aufmerksam gemacht, dass es keine Erkenntnis gibt, ohne dass sie von einem Interesse geleitet wäre. Wenn es also gilt, das Verhältnis

von Religion und Politik vor eurozentrischer Borniertheit und das Verhältnis von Staat und Kirche vor kulturprotestantischer Betriebsblindheit zu bewahren, sind – so scheint es schließlich – die weltweiten Aktivisten der ökumenischen Bewegung »von unten« nach wie vor unverzichtbar. **D**

Anzeige:



epd Dokumentation

Informationen aus erster Hand

Texte und Dokumente aus Kirche und Gesellschaft

Ich bestelle ein kostenloses Probeexemplar epd Dokumentation

Tel.: (069) 58098-191

Fax: (069) 58098-226

E-Mail: aboservice@gep.de

www.epd.de

Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik gGmbH · Aboservice · Postfach 50 05 50 · 60394 Frankfurt

Absender _____

Kirchen und Religionsgemeinschaften im öffentlichen Raum

Von EKD-Auslandsbischof em. Dr. h. c. Rolf Koppe

Religion im öffentlichen Raum – Aus Anlass des 70. Geburtstages von Konrad Raiser, Evangelische Akademie zu Berlin 25. 1. 2008

Vor etwa 40 Jahren haben wir in der Bundesrepublik Deutschland den öffentlichen Raum entdeckt. Die Demokratiebewegung hielt Einzug in Gesellschaft und Kirche. Es gibt seitdem Beiräte in Kindergärten, in der Erwachsenenbildung und der Jugendarbeit sowie die Mitarbeit von Eltern in den Schulen und in der Stadtteilarbeit. Die Synoden bekamen einen neuen Stellenwert und die Mitbestimmung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ebenfalls. Erst 1985 erschien die Demokratiedenkschrift der EKD, die leider nach der Vereinigung Deutschlands nicht fortgeschrieben worden ist.

Was im überschaubaren Rahmen passierte, hatte seine Entsprechung im Großen: Brot für die Welt, Partnerschaftsarbeit, die ökumenische Bewegung mit dem Antirassismusprogramm, die Friedens-thematik und die Überwindung der Ungerechtigkeit zwischen dem reichen Norden und dem armen Süden der Welt, dann die Geschlechterfrage. Auch die Umweltthematik stand bald auf der Tagesordnung. Zahllose Initiativen und Bewegungen waren Teil des öffentlichen Raumes und standen im Wettbewerb mit den Parteien oder Institutionen. Seit dem Fall der Mauer und des eisernen Vorhangs wurde die Vielfalt noch einmal in den Osten Europas ausgedehnt mit humanitärer Hilfe und der Hilfe für den Aufbau neuer Strukturen.

Wenn mein Eindruck nicht trügt – ich lebe seit eineinhalb Jahren wieder in der Universitätsstadt Göttingen und habe auch Kontakt mit Studierenden – so werden diese »Errungenschaften« geradezu als Selbstverständlichkeiten angesehen. Sie werden nicht in Frage gestellt, aber auch wenig gepflegt. Die private Seite des Lebens nimmt breiten Raum ein, einschließlich der verständlichen Sorge um die Finanzierung des Studiums und des beruflichen Fortkommens. Der öffentliche Raum, der auch von den Medien als vierter Gewalt mitbestimmt wird, droht zu verkommen wie eine Einkaufszone, in der es überall dieselben billigen Klamotten zu kaufen gibt.

Auch die Religion wird mehr und mehr trotz einiger Innenstadtaktivitäten auf einige Amtshandlungen reduziert und damit privatisiert. Diese

Tendenz, die in bürgerlichen Kreisen immer schon vorhanden war, wird heute einfach hingenommen oder sogar programmatisch vertreten. Mich wundert doch sehr, mit welcher Leichtfertigkeit die öffentliche Dimension auch von kirchlicher Seite preisgegeben wird. In der vorigen Woche machte die Entscheidung des Bistums Hildesheim Schlagzeilen, die Zahl der Kirchengebäude um die Hälfte zu reduzieren. Wie ich erfahren habe, waren weder die Kirchenvorstände noch die ökumenischen Partner in der Region darüber informiert oder gar einbezogen worden.

Ich setze mich für die Wiedergewinnung der Religion im öffentlichen Leben ein. Dazu gehört auch die Wahrnehmung, dass etwa 1,3 Millionen orthodoxe Christen nach Deutschland eingewandert sind und dass die rund drei Millionen Muslime Anspruch auf die Erteilung von Religionsunterricht an öffentlichen Schulen haben könnten. Der Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts mag für kleine Gemeinschaften nicht leicht zu erreichen sein, aber für den Übergang reicht auch die Gründung eines Vereins, um in der Schule Fuß zu fassen. Selbstkritisch wird man sagen müssen, dass Einwanderer aus Italien, Spanien, Jugoslawien oder der Türkei zuerst nur unter diakonischen Aspekten begleitet wurden. Sie brauchten Wohnungen, Schularbeitshilfe oder rechtliche Beratung bei Asylverfahren. Der Staat verließ sich, so war das jedenfalls in Westdeutschland, meistens auf das Engagement der freien Träger. Im Osten war es fast unmöglich, Studierende aus Vietnam oder Mozambique kennen zu lernen, weil sie staatlicherseits abgeschotet wurden.



Der öffentliche Raum, der auch von den Medien als vierter Gewalt mitbestimmt wird, droht zu verkommen wie eine Einkaufszone, in der es überall dieselben billigen Klamotten zu kaufen gibt.

Erst in jüngerer Zeit werden ausländische Mitbürger in West und Ost auch als »religiöse Subjekte« wahrgenommen – meistens erst dann, wenn es um den Bau einer Moschee geht. Ich wünschte mir eine ehrlichere Diskussion und auch kenntnisreichere Berichterstattung in den Medien, vor allem aber eine respektvolle Haltung der Kirchenmitglieder und der Bevölkerung gegenüber anderen Religionen. Wie die deutschen Auswanderer zum Beispiel nach Amerika brauchen auch die Einwande-

rer nach Deutschland eine lange Zeit der Klärung, wer sie hier sein wollen.

Die beiden Handreichungen der EKD aus den Jahren 2000 und 2007 zum Zusammenleben mit Muslimen sprechen viele Probleme an, die gelöst werden müssen, darunter der Schulunterricht für Mädchen. Ich halte es für nicht richtig, allen Wünschen von islamischer Seite entgegenzukommen, aber auch für falsch, eine Anpassungsstrategie zu verfolgen, bei der die religiöse Praxis ganz außer acht gelassen wird. Immerhin hat es

in der letzten Zeit einige neue Gespräche mit und zwischen Religionsvertretern auf Landes- und Bundesebene gegeben. Meine Sorge ist, dass sich die laizistische Grundstimmung, die Frankreich seit über hundert Jahren prägt, in der Europäischen Union und darüber hinaus auch in Russland und anderen Transformationsländern Osteuropas ausbreitet und die radikale Trennung zum alleinigen Modell des Verhältnisses von Staat und Religion wird. Ich halte das kooperative Modell Deutschland für das bessere, um den öffentlichen Raum mitzugestalten. **D**

»Gedanken zu Neustadt am See«

Von Superintendent Frank Schürer-Behrmann (Fürstenwalde)

Religion im öffentlichen Raum – Aus Anlass des 70. Geburtstages von Konrad Raiser, Evangelische Akademie zu Berlin 25. 1. 2008

Dem Thema »Kirche und Öffentlichkeit« möchte ich mich narrativ nähern. Dazu will ich eine Vision des methodistischen Bischofs Walter Klaiber vorlesen, die er in einem Vortrag bei der Delegiertenkonferenz der bayerischen ACK im Februar 2007 in Freising formuliert hat (Walter Klaiber: Gemeinsames Zeugnis missionarischen Handelns, abgedruckt unter dem Titel: Missionarische Ökumene, in: Herderkorrespondenz 61, 2007, 352-357).

Klaiber schreibt:

»Es ist ja heute beliebt, konkrete Zielvorstellungen für die Perspektive kirchlicher Zukunft zu entwerfen. Ich möchte darum versuchen, möglichst praktisch zu schildern, welche Vorstellungen ich vom gemeinsamen Zeugnis der christlichen Kirchen im Jahr 2030 habe.

Ich entwerfe dazu meine Vision von »Neustadt am See«, einer mittelgroßen Stadt irgendwo in Deutschland. In ihr gibt es mehrere römisch-katholische und evangelische Kirchengemeinden, dazu einige freikirchliche (eine davon ist eine größere Pfingstgemeinde), eine kleine orthodoxe Gemeinde mit Menschen unterschiedlicher nationaler Traditionen, zwei Gemeinden afrikanischer Herkunft und eine chinesische Gemeinde. Sie alle gehören zur ACK Neustadt am See. Zwei frei charismatische Gruppierungen haben einen lockeren Kontakt zur ACK.

Ein wichtiges Element des gemeinsamen Lebens dieser Kirchengemeinden ist die gemeinsame Homepage www.kirchen-neustadt-am-see.de.

Hier ist auch das Missionstatement der Kirchen und Gemeinden abzurufen. In ihm heißt es u.a. ... in allem, was wir als Gemeinde tun, achten wir darauf, ob geplante Aktionen besser mit anderen zusammen durchgeführt werden sollten, welche Auswirkungen sie auf andere Gemeinden haben und ob sie helfen, Menschen die Liebe Gottes nahe zu bringen.

Die Homepage bietet natürlich auch einen aktuellen Veranstaltungskalender aller christlichen Gemeinden. Der findet sich aber auch in der KIRCHENTÜR, einem gemeinsamen Wochenblatt aller Kirchen, das durch Spenden und Anzeigen finanziert kostenlos an alle Haushalte verteilt wird. Es enthält kurze redaktionelle Artikel zur Lage in Land und Stadt oder zum Kirchenjahr, die von einem christlichen Standpunkt so geschrieben sind, dass sie auch Menschen verständlich sind, die der Kirche fern stehen.

Im Veranstaltungskalender zeigt sich, dass im Laufe der Jahre auch die römisch-katholischen und evangelischen Kirchengemeinden ein gewisses Eigenprofil gewonnen haben und nicht nur durch ihre Lage in der Stadt charakterisiert werden. Das hat sich nicht durch kirchenamtliche Strategien ergeben, sondern aus dem Bestreben, einladende Gemeinde sein zu wollen.

Natürlich werden hier auch die ökumenischen Veranstaltungen genannt, zur Zeit sind das drei verschiedene Frauenfrühstücksveranstaltungen (vielleicht sind es bis dahin Elternfrühstücksveranstaltungen?, fragt sich dieser Leser), inzwischen auch zwei Männerstammtische und die Veranstaltungen in der Jugenddisko LAUTSTARK, die nach einigen Startschwierigkeiten gut funkti-

oniert, seit man sich hier auch zu einem differenzierten Angebot entschieden hat. (...)

Wichtig ist auch die Seite des *Netzwerkes Offenes Haus*. Hier werden Woche für Woche Termine und Adressen von Hauskreisen in allen Stadtteilen genannt. (...)

Zweimal im Jahr starten Glaubenskurse. Manche werden von einer Stadtteilökumene getragen, andere von einzelnen Gemeinden. (...)

Das breite diakonische Angebot kann ich hier nicht nennen. Allerdings hat die *Aktion Senioren helfen Senioren* praktisch und stimmungsmäßig viel dazu beigetragen, die schleichende Depressivität angesichts der veränderten demographischen Situation der Stadt zu überwinden. (...)

„ Es kann nicht wünschenswert sein, die Religion in eine tabuisierte Privatsphäre abzudrängen. Vielmehr müssen sich die Religionen gemeinsam öffentlich bewähren. Damit wird einerseits verhindert, dass Religionsgemeinschaften in fundamentalistische Sonderwelten abdriften, seien sie christlich-biblizistisch oder islamistisch. Andererseits sind die Religionen nicht nur das Sahnehäubchen des öffentlichen Lebens, sondern erinnern an seine Grundlagen und Werte.

Missionarische Schwerpunkte sind große öffentliche Veranstaltungen aller Kirchen, die in den letzten Jahren prägend für das Leben in der Stadt geworden sind. Alle drei Jahre findet ein großer Stadtkirchentag statt, bei dem die Botschaft und Arbeit der Kirchen in die Öffentlichkeit getragen werden, aber auch die Kirchen und Gemeinden auf Anliegen der Bevölkerung hören und in einen echten Dialog mit ihnen kommen (...)«

Als weitere große öffentliche Veranstaltungen schildert Klaiber die ökumenische Fronleichnamprozession mit Straßentheater der Pfingstgemeinde und die gut besuchten Vorträge und Seminare unter dem Thema »Erneuerte Kirche – erneuerte Stadt« zum Reformationstag. Schließlich beendet er seine Vision:

»Alle zwei Jahre findet Anfang September bei der Seebühne der Tag der Schöpfung statt mit einer Wasserweihe nach orthodoxem Ritus. Hier werden die drängenden ökologischen Probleme, die durch den Klimawandel entstanden sind, aufgegriffen und praktische Modellprojekte vorgestellt.«

Walter Klaibers Vision spricht fast für sich. Ich will trotzdem drei Beobachtungen und eine Frage zum Thema Kirchen und Öffentlichkeit mit ihr verbinden.

Erstens: In Klaibers Vision stehen die Kirchen der Öffentlichkeit nicht gegenüber, und sie stehen schon gar nicht über ihr. Sie sind selbst selbstverständlicher Teil der Alltagsöffentlichkeit. Sie gestalten diese Alltagsöffentlichkeit nicht durch kritische Kommentare über andere Akteure, sondern indem sie selbst ihren Glauben leben. Das passiert nicht exhibitionistisch, aber öffentlich und einladend. Die Ablehnung solcher Öffentlichkeit mit dem Hinweis auf die »Trennung von Staat und Kirche«, sei es durch staatliche Akteure, sei es durch die Religionsgemeinschaften selbst, ist überholt. Es geht heute vielmehr um die positive Gestaltung des Verhältnisses von Religion und Gesellschaft. Es kann nicht wünschenswert sein, die Religion in eine tabuisierte Privatsphäre abzudrängen. Vielmehr müssen sich die Religionen gemeinsam öffentlich bewähren. Damit wird einerseits verhindert, dass Religionsgemeinschaften in fundamentalistische Sonderwelten abdriften, seien sie christlich-biblizistisch oder islamistisch. Andererseits sind die Religionen nicht nur das Sahnehäubchen des öffentlichen Lebens, sondern erinnern an seine Grundlagen und Werte und bringen sie immer wieder produktiv ins Gespräch. Diesen Raum wollen wir auch gegenüber der Politik eingeklagen.

Zweitens: Diese öffentliche Gestaltung von Religion und Glaube wird in Klaibers Vision dadurch überzeugend, dass sie gemeinsam geschieht. Nur so ist deutlich, dass es nicht um das institutionelle Interesse der einzelnen Gemeinschaften geht, sondern um gemeinsame Anliegen. Es ist nicht nur in Ostdeutschland wieder wie zu Beginn der ökumenischen Bewegung in der Mission – wie soll die Welt das Zeugnis von Christus hören können, der befreit und eint, wenn schon die lokale Christenheit sich als ein zerstrittener und kommunikationsunfähiger Haufen darstellt, noch schlimmer, wenn die jeweiligen Platzhirschen ihre Wettbewerbsvorteile nutzen, um die anderen in ihrer Entwicklung zu behindern?!

Drittens: Der Inhalt des öffentlichen Wirkens der christlichen Kirchen wird dort interessant, wo er sich direkt oder indirekt als Lebenshilfe bewährt. Dabei geht es nicht nur um die »Aktion Senioren helfen Senioren«. Sondern auch Glaubenskurse sind Lebenshilfe, wenn sie Menschen helfen, ein Verhältnis zu sich selbst, zur Welt und zu Gott zu gewinnen. Die öffentliche Feier großer Feste

gibt den individuellen Leben ein Gelände und einen Rhythmus, indem es sie in größere wiederkehrende Zusammenhänge stellt und inhaltlich vertieft. Solche erfahrbaren Lebenshilfen im Nahbereich sind die Voraussetzung dafür, dass Stellungnahmen der höheren Ebenen der Institution Kirche zu wichtigen politischen Fragen gehört werden. Nur so können sie auf einen breiten Rückhalt von verbundenen Gemeindegliedern hoffen, der ihnen erst politisches Gewicht gibt. Noch besser werden diese Stellungnahmen gehört, wenn sie gemeinsam von den mehreren Kirchen und Religionsgemeinschaften geäußert werden. Die Vorstellung, man könnte die Öffentlichkeit vor allem durch eine hervorragende professionelle sog. Öffentlichkeitsarbeit prägen, ohne sich im alltäglichen Leben vor Ort zu bewähren, halte ich für einen Irrtum.

Schließlich als Viertes eine Frage: Ich finde Walter Klaibers Vision wunderbar. Aber ich frage mich, ob die Angehörigen anderer Religionsgemeinschaften die Informationen 2030 noch aus einem anderen Wochenblatt beziehen müssen, oder ob sie auch ihren Ort in der »KIRCHENTÜR« finden? In einem trotz allen neuen religiösen Interesses gegenüber religiösen Institutionen sehr skeptischen Umfeld wird langfristig m.E. auch hier nur ein geschwisterliches Zusammenleben eine Zukunft für jede betroffene Gemeinschaft bieten. Wer meint, man könne religiöse Äußerungen der einen wie das Kopftuch aus dem öffentlichen Raum ausgrenzen, muss damit rechnen, dass Äußerungen der Anderen wie das Kreuz wenig später das gleiche Schicksal erfahren. **D**

Investition in theologische Aus- und Fortbildungsarbeit weltweit als Gebot globaler Entwicklung heute

Von Dr. Dietrich Werner, Programm für Ökumenisch-Theologische Ausbildung (ETE)
Ökumenischer Rat der Kirchen (Genf)

Religion im öffentlichen Raum – Aus Anlass des 70. Geburtstages von Konrad Raiser, Evangelische Akademie zu Berlin 25. 1. 2008

Ich wähle als einen Einstiegsimpuls die Erinnerung an einen ersten programmatischen Text, an dem wir mit Konrad Raiser gemeinsam gearbeitet haben – noch vor der gemeinsamen Zeit am Ökumenischen Institut in Bochum in den Jahren zwischen 1989 bis 1993¹. Er entstand 1987 auf der Iserlohner Tagung des Programms für Theologische Ausbildung (OeRK), für das ich damals in Genf für ein Jahr als Assistent tätig war – nicht ahnend, dass ich einmal für die Fortführung dieses Programms selber verantwortlich sein würde. Die Erklärung, damals von Konrad Raiser, Günther Ebbrecht, Gernot Czell, Ulrich Becker und mir unterzeichnet, trug den Titel: *Pia Desideria oecumenica. Ökumenische Perspektiven theologischer Ausbildung im westdeutschen Kontext*. Es war der Versuch, die intensive weltweite Debatte um die Erneuerung theologischer Ausbildung, die im ÖRK seit den Anfängen des Theologischen Ausbildungsfonds vor 50 Jahren und dann im PTE-Programm stattgefunden hatte – gleichwohl im Bereich der deutschen theologischen Fakultäten relativ unbeachtet geblieben war – auf die

Herausforderungen der theologischen Ausbildung im deutschen Kontext zu beziehen.

Die Kernüberzeugung schon damals: Wenn man das kostbare westeuropäische Erbe der differenzierten Zuordnung von Kirche und Politik in den globalen ökumenischen Dialog einbringen will und wenn man gleichzeitig umgekehrt den ökumenischen Horizont in den akademisch-universitären Diskurs deutscher Ausbildungssysteme einbringen will, dann muss man in ökumenische Bildungsarbeit investieren. Eine andere Politik- und Dialogfähigkeit im Kontext religiöser Pluralisierung und wirtschaftlicher Globalisierung können Kirchen nur erlangen, wenn sie einen quantum leap schaffen, einen großen Schritt vorwärts wagen im Blick Formen der Aus- und Fortbildung, die sich ethischen, religiösen und politischen Herausforderungen einer globalisierten Welt tatsächlich öffnen und stellen. Die Verstärkung des Stellenwertes der RMÖ-Fächer in der Lehrstuhlausstattung sowie in den Studien- und Prüfungsordnungen, die Investition in interdisziplinäre Arbeitsformen und die Frage nach dem Kirchenbild und ökumenischem Horizont in Praxis und Theorie theologischer Ausbildung standen damals im Vordergrund. Ein programmatischer Satz in der Iserlohner Erklärung von 1987 hieß:

»In der theologischen Ausbildung von heute geht es darum, Menschen auf dem Weg zu einer verantwortlichen theologischen Existenz zu begleiten, die das Ferment für die grenzüberschreitende Gemeinschaft der Kirche von morgen bleiben können. Eine ökumenische Ausrichtung theologischer Ausbildung meint deshalb mehr als die Hinzufügung von Konfessionskunde zu einem ansonsten unveränderten Curriculum. Sie zielt vielmehr umfassend darauf, dass das Einbezogensein in die Gemeinschaft der Weltchristenheit (Einheit der Kirche), die Mitverantwortung für den Auftrag der Kirche angesichts der Zerspaltungen und Bedrohungen der Menschheit (Sendung der Kirche) sowie die Teilhabe an einer weltweiten Gemeinschaft der Hoffnung und des Gebetes (Spiritualität der Kirche) zu einem bestimmenden Element und maßgeblichen Horizont für Inhalt und Praxis theologischer Ausbildung werden. Eine an diesen drei Dimensionen orientierte ökumenische Grundhaltung kann in theologischer Ausbildung nur mittelbar ‚organisiert‘ werden, sie wächst vielmehr in einer offenen Lerngemeinschaft.« (in: L. Engel/D. Werner, Ökumenische Perspektiven theologischer Ausbildung, Frankfurt Lembeck 1990, S. 135).

„ Wenn Kirchen politikfähig werden wollen in einer globalisierten Welt dann müssen sie sich auf eine Intensivierung kirchlich-ökumenischer Bildungsarbeit einlassen – denn Bildungsarbeit, ob als ökumenisches Lernen, ob als entwicklungsbezogene Bildungsarbeit oder als interreligiöses Lernen verstanden – ist das entscheidende Instrument zur Einübung in den Welthorizont des Christentums.

Die Impulse dieses Iserlohner Studienpapiers von 1987 (damals wurde auch die Arbeitsgemeinschaft Ökumenische Forschung (AOeF) aus der Taufe gehoben, die bis in die Gegenwart sich fortgepflanzt hat) sind in der Rückschau betrachtet auch heute noch interessant und angesichts der Bemühungen um eine stärkere Verankerung der RMÖ-Fächer in den neuen Studienordnungen nach wie vor aktuell.

Die Iserlohner Thesen hatten aufzunehmen versucht, was zuvor in den 70er Jahren von Ernst Lange, dem Pionier der Debatte über das ökumenische Lernen innerhalb der Bildungsarbeit des ÖRK, und von Philip Potter über die Ökumene als Lerngemeinschaft in seiner berühmten Rede in Vancouver 1983 (vgl. den dortigen Bericht des Generalsekretärs mit der Vision von 1. Petr. 2:

Ökumene bzw. Kirche als »Haus der lebendigen Steine«) ausgeführt worden war.

Ernst Lange hatte die bis heute nachklingende Frage formuliert:

»Wie soll der Lernprozess in Gang kommen, der notwendig ist, wenn aus den ökumenischen Möglichkeiten der Christenheit Wirklichkeit werden soll?...Es gibt keine ökumenische Didaktik, keine Theorie und keine Methode für das Erlernen des Welthorizontes, in dem allein die Kirche heute Kirche sein, das Christentum an der Zeit sein kann. Vor allem gibt es keine ökumenische Sozialdidaktik, keine Theorie und keine Methode zur Herstellung eines Klimas einer Spannungssituation in Kirche und Gesellschaft, in der einzelne Gruppen, Gemeinden und Kirchentümer überhaupt erst frei werden zu einem Lernen, das die elementaren Beschränktheiten des bisherigen Informationsstandes und Bewusstseins überwindet...An der parochialen Gefangenschaft des christlichen Gewissens und ihrer möglichen Überwindung entscheidet sich Erfolg und Misserfolg der ökumenischen Bewegung...Sie muss neue Antwort finden auf die Frage, wie Christen wachsen, damit sie der Welt, in der hinfert geglaubt, geliebt und gehofft werden muss, gewachsen bleiben« (in: Simpfindörfer, 7)

Philip Potter hatte – dann bekräftigt durch die Vollversammlung des ÖRK – ökumenisches Lernen zu einem konstitutiven Merkmal von Kirche als Lerngemeinschaft erklärt. »Die ökumenische Bewegung ist daher das Mittel, durch das die Kirchen, die das Haus (oikos) Gottes bilden, versuchen, vor allen Völkern so zu leben und Zeugnis abzulegen, dass die Umwandlung der ganzen ökumene in den oikos Gottes durch den gekreuzigten und auferstandenen Christus und kraft des lebensspendenden Geistes Wirklichkeit werde« (Vancouver-Bericht S.217)

Wenn Kirchen politikfähig werden wollen in einer globalisierten Welt dann müssen sie sich auf eine Intensivierung kirchlich-ökumenischer Bildungsarbeit einlassen – denn Bildungsarbeit, ob als ökumenisches Lernen, ob als entwicklungsbezogene Bildungsarbeit oder als interreligiöses Lernen verstanden – ist das entscheidende Instrument zur Einübung in den Welthorizont des Christentums. Es ist wesentlich die gezielte Investition in Bildung, das das Christentum – auf Weltenebene ebenso wie im nationalen Kontext eines Landes wie Deutschland – gemeinsam sprachfähig macht im Blick auf die sozialetischen Herausforderungen der Globalisierung, die das Chris-

tentum widerstandsfähig macht gegenüber Versuchen zu Formen des religiösen Fundamentalismus in den eigenen Reihen und die das Christentum dialogfähig macht im Verhältnis zu anderen großen religiösen Traditionen. Ohne eine strategische Investition in eine ökumenisch ausgerichtete Bildungsarbeit – weltweit noch mehr als nur in unserem eigenen Kontext – wird eine Fortsetzung und Verbreiterung der ökumenischen Bewegung nicht möglich sein.

Wie aber steht es um die Realität der Einübung in den Welthorizont des Christentums und der Befreiung von der parochialen oder verengt konfessionellen Gefangenschaft der Gewissen in Fort- und Ausbildungsprogrammen, in der praktischen Bildungsarbeit in Gemeinden und Akademien bei uns? Und wie vor allem steht es um die Realität von »ecumenical formation in theological education« – gerade noch als eine der übergreifenden Programmprioritäten des ÖRK in Porto Alegre formuliert und feierlich bekräftigt – in den Kirchen Osteuropas, Lateinamerikas, Asiens und des afrikanischen Kontinents?

Hier kann keine globale Analyse gegeben werden (und vor allem müsste man bei dieser Frage eigentlich die Realität der wichtigen ökumenischen Laien- Aus- und Fortbildungsarbeit ebenso untersuchen wie die der theologischen Aus- und Fortbildungsarbeit von Pastoren/innen und Priestern/innen). Ein paar andeutende Hinweise müssen genügen:

- Natürlich gibt es ein paar ermutigende Beispiele, dass ökumenische, auf die Herausforderungen der Globalisierung ausgerichtete und für den interreligiösen Dialog geöffnete Bildungs- und Ausbildungsprogramme von einigen Kirchen und Colleges auch anderer Länder initiiert und weitergetragen werden. Aber vielfach bleiben sie Inseln in einem Meer, das an vielen Orten weithin unberührt scheint von der Realität der ökumenischen Bewegung, von der Dynamik eines kritischen und differenzier- ten ökumenischen Diskurses;
- Viele interdenominationalen Colleges beklagen einen Rückgang der finanziellen Unterstützung durch ihre Trägerkirchen und einen zunehmenden Drang von konfessionellen Kirchen, ihre jeweils eigenen theologischen Ausbildungsinstitutionen zu qualifizieren und konfessionell zu profilieren;
- Es gibt ein enormes Wachstum kleinerer Ausbildungsseinrichtungen von evangelikalen und

charismatisch-pentekostalen Strömungen, die keine Verbindung zur organisierten ökumenischen Bewegung haben;

- Die Nachfrage nach Stipendien und finanzieller Hilfe für ökumenisch ausgerichtete Studien- und Ausbildungsprogramme aus den Kirchen des Südens ist nach wie vor erheblich, aber sie kann auf Grund einer mangelnden finanziellen Priorisierung für Ausbildungsfragen in den Kirchen und auf Grund von zurückgehenden Funds für Bildungsarbeit insgesamt immer weniger beantwortet werden;
- Das Treffen des Global Christian Forum in Nairobi im November 2007 ist zwar als historischer Durchbruch und als repräsentativstes Forum der Christenheit am Beginn des 21. Jahrhunderts gepriesen worden, doch eine Verpflichtung zur Zusammenarbeit in Fragen einer ökumenisch orientierten Aus- und Fortbildung angesichts der de facto weitgehend getrennt operierenden und zunehmend auseinanderdriftenden Systeme und Institutionen theologischer Ausbildung hat es nicht gegeben.
- Vor kurzem ist von der UNESCO der Global Education Digest 2007 – Comparing Education Statistics across the world (2007) veröffentlicht worden, der die entwicklungspolitischen und verteilungspolitischen Dimensionen der weltweiten Bildungsproblematik und der ungleichen Bildungszugänge und Ressourcen insgesamt eingehend beleuchtet (was sich dann in den kirchlichen und theologischen Aus- und Fortbildungsprogrammen entsprechend widerspiegelt). Die industrialisierten Staaten in West-Europa und Amerika geben mehr als die Hälfte (55,1 %) der weltweiten finanziellen Ressourcen für Bildungsarbeit in Schulen und Universitäten aus, obgleich sie weniger als 10 % der bildungsinteressierten Bevölkerung in der Welt (world's school-age population) repräsentieren. Die Kehrseite dieses Bildes findet sich in Süd und West-Asien, wo nur 7 % der weltweiten finanziellen Ressourcen für Bildungsarbeit für 28 % of the global school-age population ausgegeben werden oder noch extremer: Im Bereich der Länder Afrikas südlich der Sahara stehen nur 2,4 % der weltweiten finanziellen Ressourcen für Bildungsarbeit für 15 % of the global school-age population zur Verfügung vgl. Global distribution of public expenditure on education, GDP and population aged 5 to 25 years, by region

and for selected countries, 2004, UNESCO Global Education Digest 2007, p. 12).

Was folgt daraus?

Ich will zum Abschluss drei kurze Thesen in diese Runde geben:

1) Wenn Kirchen gemeinsam politik- und sprachfähig werden wollen in einer globalisierten Welt, einer Welt der verschiedenen Religionsgemeinschaften, dann müssen sie ihre Mitarbeiter/innen, Pastoren/innen und Dozenten/innen ausbildungsbildungsmäßig rechtzeitig auf den Horizont der Ökumene vorbereiten. Es wäre zu begrüßen, wenn es eine neue Offensive für eine Bildungssynode der EKD geben könnte, die dann aber die Bereiche der Bildungsarbeit im deutschen Kontext beziehen und verknüpfen müsste mit den Prioritäten für globales und ökumenisches Lernen in der Bildungs- und Entwicklungsarbeit weltweit. Die Rahmenbedingungen für Bildungs- Aus- und Fortbildungsarbeit haben sich gewaltig verändert, im deutschen wie im internationalen Kontext. Viele Einrichtungen, auch Akademien sind aus finanziellen Gründen zusammengelegt oder geschlossen worden, vieles ist schwieriger geworden. Wie kann Kirche zur Zukunftsfähigkeit ihrer eigenen Bildungsarbeit beitragen? Welchen Beitrag kann Entwicklungszusammenarbeit bei uns zur Intensivierung der theologischen Aus- und Fortbildungsarbeit weltweit leisten?

Wir brauchen eine neue Offensive für eine strategische Ausbildungsförderung im Bereich Laien- und Theologenausbildung in den Kirchen des Südens.

2) Wir brauchen eine neue präzisere Zielbestimmung von dem, was ökumenisches Lernen genannt wurde. Die Frage, wie die Verknüpfung von christlicher Tradition in Bibel und Bekenntnis und ökumenischem Welthorizont von Anfang und unter heutigen Bedingungen in den Referenzrahmen theologischer Aus- und Fortbildung eingebaut werden kann, bedarf einer neuen Klärung.

Das Comenius-Institut sitzt an einem neuen Grundlagenpapier zum Verständnis ökumenischen Lernens. Es ist über zwanzig Jahr her, dass die verdienstvolle Arbeitshilfe der EKD zum Ökumenischen Lernen entstanden ist (1985). Es wäre bedenkenswert, wenn eine Fortschreibung dieser Arbeitshilfe gemeinsam mit den verschiedenen Bildungsanbietern möglich werden könnte.

3) Wir brauchen schließlich eine neue Offensive für eine strategische Ausbildungsförderung im Bereich Laien- und Theologenausbildung in den Kirchen des Südens. In einer Reihe von entwicklungsbezogenen Agenturen und ihren Geldgebern (back donors) gelten Theologie und theologische Ausbildungsförderung bei uns bisweilen als nicht förderungsfähig, weil beide Bereiche – anders als soziale und politische Förderungsprojekte – als kircheninterne Aufgaben und als lediglich gemeindebezogene Anliegen der Kirchen und damit nicht als Kernelement von Entwicklungsförderung gelten – und damit häufig durch das Raster fallen. Theologische Ausbildungsförderung aber sollte und kann in sehr vielen Bereichen als ein elementarer Beitrag auch zur Entwicklungsförderung begriffen werden. Ohne gezieltes capacity-building im Bereich theologischer Ausbildungsförderung für Laien und Pastoren/innen werden wir – wie zum Teil schon jetzt vielfach der Fall – noch erheblichere Nachwuchsprobleme im Bereich der ecumenical leadership, social project management, interreligious dialogue and intercultural bridgebuilders haben. Investitionen in den Bereich theologischer Ausbildungsförderung von Laien und Pastoren sind damit gezielte Investitionen für soziale und politische Entwicklung. Ein runder Tisch für ein neue Arbeitsteilung und eine neue strategische Allianz von donor agencies in diesem Bereich ist überfällig.

Anmerkung:

¹ Der Autor war in diesen Jahren als Assistent am Ökumenischen Institut der Ruhr Universität Bochum tätig.



»Die ökumenische Bewegung muss sich einem Dialog der Generationen öffnen«

Kommentar von Lioba Diez

Religion im öffentlichen Raum – Aus Anlass des 70. Geburtstages von Konrad Raiser, Evangelische Akademie zu Berlin 25. 1. 2008. Die Autorin ist Volkswirtin und Theologin, z.Zt. Vikarin an der Zionskirche in Berlin, Gründerin des bundesweiten Netzwerks MEET – Forum Junge Ökumene (More Ecumenical Empowerment Together).

Aus meiner Sicht als junge Ökumenikerin möchte ich drei Aspekte herausgreifen.

1. Die ökumenische Bewegung ist von einem Traditionsabbruch betroffen. Sie muss sich um ihrer eigenen Zukunft willen einem Dialog der Generationen öffnen.

Die ökumenische Bewegung hat ein Nachwuchsproblem. Die Ökumene mit dem konziliaren Prozess ist eine wichtige Bewegung, die in der Vergangenheit innerhalb und außerhalb der Kirchen Akzente setzen und verändern konnte. Doch die Welt hat sich seit den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts sehr verändert. Die Träger der ökumenischen Bewegung aber sind weitgehend dieselben geblieben. Es ist nicht gelungen, für junge Christinnen und Christen, die heute zum Beispiel bei Attac aktiv sind, einen Ankerpunkt zu bilden.

Die Form der intern geführten Debatte, die sprachlichen Codes, die Konfliktlinien sind für junge Menschen oft nur schwer nachzuvollziehen. Einerseits fehlen Institutionen der ökumenischen Sozialisation, wo von den Erfahrungen und Debatten der vergangenen Jahrzehnte gelernt werden könnte. Dietrich Werner verlas vorhin die Iserlohner Thesen für eine Ökumenische Aus- und Fortbildung von 1987 – sie sind weiterhin aktuell, es ist kaum etwas davon in die universitäre Ausbildung vorgedrungen. Andererseits fehlt ein ökumenischer Dialog der Generationen auf Augenhöhe. Ein Gespräch, in dem junge und ältere von ihren unterschiedlichen Erfahrungen und ihrer jeweiligen ökumenischen Sozialisation erzählen, einander bereichern und um gemeinsame Wege in die Zukunft ringen.

2. Zur Diskussion über das Verhältnis von Kirche und Staat gehört auch die spirituelle Innenperspektive.

Das Konfliktfeld zwischen Politik und Religion lässt sich leicht »von außen« aus der Vogelperspektive betrachten. Fragen sind dann: Wie sollte Politik aus der Sicht christlicher Grundlegungen und Wertvorstellungen gestaltet sein? Wie weit kann und sollte ein religiöser Gestaltungsanspruch in einem säkularen Staatsverständnis gehen? Solche Fragen sind wichtig, bleiben aber hinter dem Potential christlich, emanzipativer Einmischung zurück, denn hier bleiben die Innenperspektiven der Aktiven ausgeblendet.

Dabei betreffen sie das christliche Selbstverständnis ebenso wie die Außenperspektive. Hier ginge es um Fragen wie: Wie kann ich die Situation, in der sich unsere Welt befindet, die Zerrissenheit in arm und reich, aushalten? Wie lässt sich das spirituell verarbeiten? Gibt es spirituelle Wurzeln meines Engagements, die mich der Ohnmacht trotzen lassen? Worin finde ich Hoffnung?

Ich denke dabei an Dorothee Sölle und ihre Rede von »Mystik und Widerstand« oder an Frère Roger, der von »Kampf und Kontemplation« redete. Oder an Dietrich Bonhoeffer, der vom »Beten und Tun des Gerechten« sprach und dies unter ganz anderen politischen Vorzeichen durchbuchstabierte.

Die Betonung der spirituellen Dimension führt nicht zwangsläufig zur Depolitisierung, sondern kann vielmehr eine Quelle des politischen Engagements sein. Raum zu finden, sich hierüber auszutauschen und sprachfähiger zu werden, erscheint mir heute wichtiger denn je. Aus der »Innenperspektive« christlichen Glaubens auskunftsfähig zu sein ist eine Antwort auf den Traditionsabbruch und das neue Interesse an Religiosität.

3. Wenn wir an einem nüchternen, dialogoffenen Verhältnis von Religion und Politik interessiert sind, ist es nötig, auch die ökonomischen Verhältnisse in den Blick zu nehmen.

In der Ankündigung zu dieser Veranstaltung heißt es, dass sich die Religion mit der Reduktion der Debatte über Globalisierung auf ökonomische Faktoren selber um ihre Handlungsfähigkeit bringe. Diese These wird nicht weiter begründet.

Ich möchte hier die Gegenthese wagen: Wenn wir die Fähigkeit zur demokratischen Selbststeuerung von Gesellschaften erhalten wollen, geht es im Kern um ökonomische Fragen wie Sozialstandards oder Steuerwettbewerb.

Nur nebenbei: Dieser Verlust staatlicher Steuerungsfähigkeit betrifft auch die Handlungsfähigkeit der deutschen Kirchen – nach dem gegenwärtigen Finanzierungsmodell - direkt: Wenn unter Globalisierungsdruck direkte Steuern mehr und mehr durch indirekte Steuern ersetzt werden, sinken auch die Einnahmen der Kirchen.

Um nicht falsch verstanden zu werden: das Phänomen Globalisierung ist nicht allein auf ökonomische Faktoren zu reduzieren. Zu leicht wer-

den die positiven Seiten eines Zusammenwachsens der Welt als Schicksalsgemeinschaft übersehen. Gerade hier ergeben sich auch spannende Perspektiven für die Ökumene.

Trotzdem sollte dies nicht einen klaren Blick auf die Verwerfungen verstellen, die durch einen ungezähmten globalen Kapitalismus bei der Verteilung von Chancen und Wohlstand entstehen.

Wenn es stimmt, dass soziale Ungerechtigkeit eine Quelle von religiösem Fundamentalismus ist, bekommt das politische Engagement für eine gerechtere Welt – auch in der Debatte über das Verhältnis von Religion und Staat – eine Bedeutung. D

»Religion im öffentlichen Raum«: Was mich bei diesen Diskussionen bewegt

Von Prof. Dr. Konrad Raiser

Kommentar nach den Podiumsdiskussionen beim Symposium zum Thema »Religion im öffentlichen Raum« in der Evangelischen Akademie zu Berlin am 25. Januar 2008

Am Anfang muss ein Wort des Dankes stehen: Dank an die Evangelische Akademie zu Berlin und besonders an Dr. Rüdiger Sachau und Dr. Erika Godel, die zu diesem Symposium aus Anlass meines 70. Geburtstages eingeladen und die Podiumsgespräche heute Nachmittag moderiert haben. Ich hätte mir keinen besseren Ort und Rahmen für diesen Anlass denken können. Die Anregung zu diesem Symposium ging ursprünglich von meinen Doktoranden und Doktorandinnen aus der Bochumer Zeit aus; sie sind seither zu guten und vertrauten Freunden geworden und ich danke ihnen für ihre Initiative, die viele unserer Gespräche aufgenommen und weitergeführt hat. Meine eigene Mitverantwortung für die Planung dieses Symposiums beschränkt sich auf den Vorschlag eines thematischen Schwerpunktes und ich danke allen Gesprächsteilnehmern und Teilnehmerinnen, dass sie sich auf die Fragen von Religion und Politik eingelassen haben und nicht zuletzt den beiden jungen Freundinnen für ihre Kommentare.

Nun soll ich zum Abschluss sagen, ‚was mich bei diesen Diskussionen bewegt‘, oder – mit den Worten von Erika Godel – ‚was ich daraus mache‘. Eine schlüssige Antwort darauf kann ich

freilich nicht geben. Die Fragen von Religion und Politik haben mich zwar seit langem beschäftigt als Teil meiner Arbeit im Rahmen des Ökumenischen Rates der Kirchen; aber mein eigenes Nachdenken darüber ist noch unabgeschlossen. Ich werde mich daher auf vier Punkte beschränken, mit denen ich einige Aspekte der vorgegangenen Gespräche aufnehme.

1. Konrad von Bonin hat auf die spezifische protestantische Tradition im Blick auf das Verhältnis von Kirche und Staat verwiesen, die geprägt war (und ist) von der Überzeugung, dass auch der säkulare Staat die Religionsgemeinschaften braucht. Diese Tradition hat sich vor allem in den kirchlichen Denkschriften zu strittigen öffentlichen Fragen niedergeschlagen, wie z.B. der ‚Ostdenkschrift‘ von 1965, für die mein Vater, Ludwig Raiser, mitverantwortlich war. Ich nehme diesen Hinweis auf, weil er mich daran erinnert, dass ich selber natürlich in dieser Tradition sozialisiert worden bin, nicht zuletzt durch das prägende Vorbild meines Vaters. Dann muss freilich auch gleich hinzugefügt werden, dass diese ‚protestantische Tradition‘ spätestens seit den 60er Jahren entscheidende Anstöße durch die ökumenische Bewegung erhalten hat, wie die ‚Denkschriften-Denkschrift‘ von 1970 belegt. Die christliche Ökumene hat seit ihren Anfängen ein öffentliches, politisches Mandat in Anspruch genommen und gleichzeitig das säkulare Verständnis von Staat und Politik als normale Vor-

aussetzung akzeptiert. Auch die ökumenische Diskussion konzentrierte sich auf das Verhältnis von Kirche und Staat.

Dabei wurde die Trennung oder wenigstens klare Unterscheidung beider Institutionen vorausgesetzt und es ging um die jeweilige rechtliche und praktisch-konkrete Ausgestaltung des Verhältnisses. Hier spiegeln sich sehr spezifische historische Bedingungen, die in anderen Gesellschaften und Kulturen wenig oder keine Entsprechung haben. Das gilt sowohl für die Konzentration von Politik auf die Sphäre des Staates wie für die institutionelle Gestalt von Religion als Kirche. Mir ist in den mehr als drei Jahrzehnten meiner Arbeit im Feld der weltweiten Ökumene deutlich geworden, dass dieser für uns traditionelle Rahmen der Diskussion der gegenwärtigen Situation nicht mehr gerecht wird und für die Analyse der aufgeworfenen Probleme und Fragen nicht hilfreich ist.

2. Dafür gibt es sehr unterschiedliche Gründe. Ich greife jetzt nur einen Aspekt heraus: Die unterschiedlichen Auswirkungen der Säkularisierung auf Religion und Politik. Ich übergehe dabei zunächst die von Gret Haller klar herausgearbeiteten Unterschiede zwischen Europa und den Vereinigten Staaten von Amerika. Bei uns hat sich als Folge der Säkularisierung das liberale Konzept des säkularen National- und Verfassungsstaates durchgesetzt, in dem Religion zunehmend aus dem öffentlichen in den privaten Bereich abgedrängt worden ist. Damit ist eng verbunden die klare Unterscheidung von Recht und (religiös oder weltanschaulich begründeter) Moral. Die noch bis in die Mitte des vergangenen Jahrhunderts auch in Europa verbreitete religiöse Begründung des Staates und seiner Legitimität ist nun ersetzt worden durch ein funktionales Verständnis und eine prozedurale, demokratische Legitimation durch das Volk als Souverän. Im Zuge der Entkolonialisierung ist dieses Modell der Organisation des öffentlichen Raumes übertragen worden auf traditionelle Gesellschaften in der südlichen Hemisphäre, mit zwiespältigen Ergebnissen. Die heute an vielen Stellen beobachtete Rückkehr der Religion in den öffentlichen Raum ist ein Signal für die Schwäche oder Brüchigkeit der säkularen, rein prozeduralen Legitimation politischer Ordnung und Herrschaft. In den meisten Kulturen ist die Verbindung oder (gelegentlich auch) spannungsvolle Zuordnung von politischer und religiöser Autorität und Macht nach wie vor tief verwurzelt. Gleiches gilt für das Verhältnis von Recht und religiös begründeter Moral. Die neuzeitliche Differenzie-

rung und Trennung der beiden Sphären gerät in Konflikt mit dem traditionellen ganzheitlichen Denken. Damit entstehen Probleme in einer Situation zunehmender kultureller und religiöser Pluralität. Die amerikanische ‚Lösung‘ mit Hilfe einer Zivilreligion ist kaum übertragbar auf andere Gesellschaften. Die Legitimation politischer Herrschaft mit Hilfe einer nicht-religiösen Ideologie in Gestalt des Kommunismus ist gescheitert. So erklärt sich, jedenfalls zum Teil, der Rückgriff auf religiöse Legitimationsmuster in Situationen, wo auf Grund ethnischer, kultureller oder nationaler Gegensätze die Ausübung von Herrschaft strittig ist. Wir müssen daher neu über die vor-politischen Bedingungen der Legitimität von politischer Herrschaft nachdenken.

„ Um der Transparenz politischer Ordnung sowie der Integrität der Religion willen ist die neuzeitliche Unterscheidung der beiden Sphären unaufgebbar. Freilich, die Modalitäten der Zuordnung bedürfen der Neubestimmung. Hierfür ist es wichtig, dem ‚öffentlichen Raum‘ als dem Feld der Begegnung von Religion und Politik die notwendige Aufmerksamkeit zu geben, und zwar sowohl im Dialog zwischen den Religionen wie auch mit den Trägern politischer Verantwortung.

3. Der von Fritz Erich Anhelm in Erinnerung gerufene »komfortable Kompromiss« in Europa zwischen Religion und Politik, der geprägt ist von der gleichzeitigen Verteidigung des säkularen Rechtsstaates mit anerkanntem Gewaltmonopol und der positiven Bekräftigung der Religionsfreiheit, sieht sich heute neuen Herausforderungen gegenüber und befindet sich gleichsam »zwischen den Stühlen«, d.h. einerseits der Anforderung »göttlichen« Rechts durch religiöse Bewegungen jüdischer, christlicher, islamischer oder hinduistischer Ausrichtung, und andererseits der Kritik der potentiell gefährlichen Macht der Religion, z.B. in der Monotheismus-Diskussion. Es erweist sich jedenfalls, dass Religion sich nicht völlig privatisieren lässt, sondern, wie Heinrich Schäfer betont hat, als eine Form »gesellschaftlicher Praxis« verstanden werden muss. Jede Religion ist machtförmig und vermittelt den Zugang zum Ursprung aller Macht. Religion bildet daher in allen Kulturen ein (potentiell kritisches) Gegenüber zu den Formen öffentlicher, politischer Macht. Freilich, religiöse Macht ist ebenso korrumpierbar und kann missbraucht, bzw. instrumentalisiert werden wie andere Formen von Macht. Die kritische Analyse des Verhältnisses von Religion und Politik nötigt

daher zu einer neuen Reflexion über Macht in der Gesellschaft in Verbindung mit einer Revision der herkömmlichen Unterscheidung von »öffentlich« und »privat«.

4. Dies bringt mich zu meinem letzten Punkt: Um der Transparenz politischer Ordnung sowie der Integrität der Religion willen ist die neuzeitliche Unterscheidung der beiden Sphären unaufgebbar. Freilich, die Modalitäten der Zuordnung bedürfen der Neubestimmung. Hierfür ist es wichtig, dem ‚öffentlichen Raum‘ als dem Feld der Begegnung von Religion und Politik die notwendige Aufmerksamkeit zu geben, und zwar sowohl im Dialog zwischen den Religionen wie auch mit den Trägern politischer Verantwortung. Die Rechtsfigur der Körperschaft öffentlichen Rechts, wie sie sich in Deutschland für die Großkirchen bewährt hat, eröffnet besondere Chancen der Zusammenarbeit von politischen und religiösen Institutionen, wie Rolf Koppe zu Recht betont hat. Sie bleibt freilich fixiert auf die institutionelle Gestalt von Religion wie Politik und wird der politischen wie religiösen Bedeutung zivilgesellschaftlicher Bewegungen nicht gerecht. Die ‚öffentliche Raum‘ muss in seinem Eigenrecht geschützt werden vor Hegemonieansprü-

chen der institutionellen Politik wie auch vor der Dominanz des wirtschaftlichen Wettbewerbs. Das gilt nicht zuletzt für Religion als gesellschaftliche Praxis: ihr Ort ist Kommunikation über die Bedingungen der Lebensfähigkeit der menschlichen Gemeinschaft und nicht Behauptung und Ausübung politischer Macht oder Wettbewerb um die Allokation knapper Ressourcen, d.h. von Anhängern oder Gläubigen. Der so verstandene ‚öffentliche Raum‘ ist ein Ort der Gleichheit ohne institutionelle oder rechtliche Privilegien. Hier kann sich Lernen im Sinne von Grenzüberschreitung (D. Werner) und die Überwindung von partikularer Wahrnehmung von Wirklichkeit (F. Schürer-Behrmann) ereignen. Hier können und müssen die Fragen der Legitimität und der Ziele politischer Herrschaft und Machtausübung im kritischen Diskurs bearbeitet werden; hier können sich ebenfalls die pluralen religiösen Traditionen in ihrer öffentlichen Rolle artikulieren. Die Kirchentage haben in Deutschland einen wichtigen Beitrag zur Eröffnung des öffentlichen Raumes geleistet und gezeigt, dass die Religionsgemeinschaften als ‚Treuhand‘ dieses Raumes verstanden werden können. Ein ökumenisches Gespräch über diese Fragen ist jedenfalls dringend notwendig. D

Kirche sein im 21. Jahrhundert

Von Dr. Wolfram Stierle

Religion im öffentlichen Raum – Aus Anlass des 70. Geburtstages von Konrad Raiser, Evangelische Akademie zu Berlin 25. 1. 2008. Der Autor, Ökonom und Theologe, ist Mitarbeiter im Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Lieber Konrad,
liebe Familie Raiser,
liebe Freundinnen und Freunde aus der Ökumene!

Gesprächspartner in den Dialogen der Globalisierung

Auf dem Programm steht an dieser Weggabelung unseres Symposiums nun »Laudatio« – gemeint ist: Konrad Raiser loben. Nichts leichter als das. Man muss einfach nur ein wenig protestantische Bescheidenheit sparen. Zu Recht stand in Magdeburg, als ein Vortrag von Konrad Raiser anzukündigen war, auf den Plakaten: »*Er kennt die Kirchen und die weite Welt gleichermaßen gut. Jahrzehnte hat er für die Einheit der Kirchen und die Vermittlung zwischen den Religionen und den säkularen Gesellschaften gearbeitet. Konrad Raiser ist einer der tiefsten Gesprächspartner in den Dialogen dieser Epoche der Globalisierung.*«

Ein Beispiel für unzählige, in denen Konrad Raisers Ausgang einer Klimax ist: Kirchenkenner, Religionskenner, Weltkenner, Globalisierungskenner. Da gibt es wenig zu ergänzen. Familiäres vielleicht und Musikalisches, Freundschaftliches sicher und unbedingt ein paar Berichte von der ökumenischen Basis – am Ergebnis wird das aber nichts mehr ändern – er bleibt einer der tiefsten.



Wenige können so wie Du aus dem Weinberg der Ökumene neuen Wein keltern.

Nun stand im Kleingedruckten der Magdeburger Ankündigung der Ort des Auftritts: Spiegelsaal, Hegelstraße 1. Auch kontingente Anspielungen auf Zerrbilder, gar den Tübinger und später Berliner Philosophen der Dialektik nehmen Schwaben, von denen Konrad Raiser mit kirchlichen Rhizomen einer ist, wohl wahr.

Die Antithese zur großartigen Ankündigung für den Spiegelsaal lautet dann: Genau das wollte Konrad Raiser nie sein, das sind Zerrbilder: *Kofi Annan der Kirchen* etwa oder *Papst der Protestanten* – oder auch nur *Sisyphus der Ökumene*, glücklich bei der Arbeit.

Interpret der Ökumene

Konrad, Du hast Deine unverwechselbare Art, Kirche und Globalisierung zu kennen. Eine Deiner vornehmsten Weisen zu wirken, ist Dein Wort – als internationaler Partner und deutscher Professor, als Prediger und Publizist, als Vater und Freund. Deine Worte erweisen Dich weniger als Akteur überregionaler theologischer Bühnenspiele – sie zeigen Dich zunächst einmal als *Hörer* – weniger als Rhetor, denn als *Auditor*.

Als Student der Ökonomie gönnte ich mir in Bochum zur eigenen Erbauung Deine Ökumene-Vorlesungen. Damals lernten wir uns kennen. Von Anfang an wurde ich einen Gedanken nicht los: Sind die Texte dieses Professors nicht eigentlich eine recht lange Einleitung, in der er uns viele, oft nur ihm bekannte Stimmen aus der Ökumene zu Gehör bringt – ehe er sagt, was er sagt? Später lernte ich die Bemerkung eines Deiner Vorgänger verstehen: »*Es ist eine alte Wahrheit, dass die Bedeutung ökumenischer Konferenzen weitgehend von den Interpreten abhängt, die sie findet.*« Für den, der Dir zuhört, zieht sich wie ein roter Faden die Frage durch, ob genug Christen, Protestanten und Professoren, Pfarrerrinnen und Pröpste, Bischöfe, Bischöfinnen und wohl auch Päpste es verdienen, in diesem Sinn Interpreten der Ökumene genannt zu werden? Du kannst interpretieren. Wenige können so wie Du aus dem Weinberg der Ökumene *neuen* Wein keltern.

Von der Schwierigkeit Leute zu finden, die etwas Neues hören wollen

Nun wäre nichts abwegiger, als eine Rhetorik des Aufnehmens und Verarbeitens mit mangelnder Originalität zu verwechseln. Was dieser Tage ein Kolumnist über die Möglichkeiten einer Menschen aufrüttelnden und bewegenden politischen Kommunikation notierte, das lässt sich nur zu gut übertragen, auf die derzeitigen Bedingungen

ökumenischer Rede: »Es ist nicht leicht, Leute zu finden, die etwas Neues zu sagen haben. Es ist aber noch viel schwieriger, Leute zu finden, die etwas Neues hören wollen.«¹

Weil Du hörst, hast Du Neues zu sagen. Als einer, der zuhören kann, stellst Du Dich Leuten, die etwas zu sagen haben, aber nicht immer Neues hören wollen. Anders gesagt: Du bist deutscher Ökumeniker – und Du weißt, was Du hast an Ernst Lange und an Dietrich Bonhoeffer, die Dir beide besonders wichtig sind.

Deine Bereitschaft, Neues zu hören, lässt Dich die Stimme aus anderen Kirchen der Welt unvergleichlich aufmerksam wahrnehmen und wiedergeben – und die Stimme junger Menschen. 98% der jungen Menschen weltweit wachsen in armen Ländern auf. So hast Du wohl zu Recht die Bereitschaft, junge Leute zu hören und zu vernetzen, eine der entscheidenden Herausforderungen der Ökumene im 21. Jahrhundert genannt. Die Bereitschaft, Überbrachtes neu zu sehen und gemeinsam in Frage zu stellen, kann man als Absolvent der Tübinger Theologischen Fakultät getrost *Evangelische Freiheit* nennen.

Die Fähigkeit, Neues zu lernen, pointierte der Neutestamentler Ernst Käsemann noch schärfer als die Bereitschaft, auch zu verlernen. Zur Fünfzigjahrfeier seiner Promotion stellte er seine Anmerkungen zum Fest unter den Titel »Was ich als deutscher Theologe in fünfzig Jahren verlernte. Diplomatisch unbekümmert stellt er klar: Die »längst überholte Gestalt deutscher Landeskirchen«, könne er nicht länger als adäquaten Ausdruck des wandernden Gottesvolkes sehen. Für seinen Lernweg bekannt er: »Die Ökumenische Sicht hat mich von dem in meinem Lande sich breit machenden Provinzialismus ... befreit. Lernen musste ich ..., dass weltbezogene Theologie eine politische Dimension hat, ob das einem gefällt oder nicht. Kein Bereich des Lebens wird vom Evangelium ausgespart, hatten wir in Barmen einst gesagt.« Ausdrücklich nennt er in diesem Zusammenhang beim Namen die »Ideologie der Marktwirtschaft, welche Besitz, Erfolg, Genuss des weißen Mannes auf Kosten der übrigen Erde zu sichern und zu steigern sucht«. Er sah aber auch Anlass, mit einer Bitte zu schließen: »Ich wäre dankbar, wenn man in diesen sehr zurückhaltenden Äußerungen nicht Propaganda sehen würde.«

Ökumene als Horizont der Kirchen

Vielleicht erweist sich die ekklesiologische Bedeutung des Ökumenischen Rates am Ende darin, dass er den Kirchen jene Dimensionen ihrer Sendung nachhaltig erschließt, die sie in gepflegter Isolation nie erkennen können? (Raiser 1989:175). In den vergangenen Jahrzehnten wurde immer wieder versucht, gerade die ökumenische Sozialethik als bestenfalls linkische Propaganda darzustellen – wohl gut gemeint, aber wenig sachdienlich und hilfreich.

Was Kirche-Sein in ökumenischer Gemeinschaft unter den Vorzeichen der Globalisierung an Neuem eröffnet, dazu haben wenige soviel gehört und soviel zu sagen, wie Konrad Raiser. In einem dem Ratsvorsitzenden der EKD gewidmeten Beitrag fragst Du: »Wie könnte eine Gestalt ökumenischer Gemeinschaft aussehen, die mit dem Verständnis von Freiheit in wechselseitiger Verantwortung Ernst macht?« (Raiser 2005:42) Dich hörend, fragen wir uns: Sind wir bereit die Ökumene als konstitutiv für unser Kirchesein anzuerkennen? Sind wir bereit, aus der anvertrauten Freiheit kirchenrechtlich und menschenrechtlich Konsequenzen zu ziehen? Sind wir bereit, einer Gemeinschaft zu gehören, in der unsere Töne Teil einer Stimme sind? Sind wir bereit, die Taufe aus der kirchlichen Außendiplomatie zu holen in das Ressort kirchliche Innenpolitik? Das alles wären Schritte in den Raum der Freiheit.

Wo Du Dich mit Deinem Wort einbringst, da nennst Du auch irreführende Leitbilder irreführend. Dir geht es um ein Verständnis von Katholizität und Einheit, das die Herausforderung der Globalisierung für die Koinonia des wandernden Gottesvolkes wahrnimmt. Imperiale Grenzen hast Du kirchlich nie gelten lassen, sondern mindestens aktiv ignoriert. Den internationalen Beziehungen der Kirchen zwischen Nord und Süd galt immer Dein besonderes Augenmerk. Und gemeinsam mit Freunden hast Du längst vor 1989 zukunftsweisende Netzwerke zwischen Ost-West geknüpft. Für Dich entfaltet eine lokale Gemeinde ihren Charme als Wirklichkeit als Kirche in voller Blüte, wenn sie die Beziehung zu anderen lokalen Kirchen auch mal mit freudeeroten Wangen erlebt (vgl. Raiser 2005:186).

Ökumene als Freiheit, sich auf das Mögliche einzulassen

Da stehen wir wohl eher noch am Anfang, da sind Ortsgemeinden oft weniger ökumenisch als

mittelständische Betriebe global. Theologie ist bei Dir aber kein Lamento, sondern die Freiheit, sich auf das Mögliche einzulassen – und so gehört zu Deiner Arbeit beides: Der inspirierende Horizont ökumenischer Visionen und das Wissen um kirchliche Kreditlinien und »parochiale Gewissen«. Wenige Professoren können das von sich sagen – und Du würdest es nie sagen.

Eines Deiner bereits jetzt als ökumenegeschichtlicher Meilenstein zu erkennenden Bücher trug 1989 den Titel: *Ökumene im Übergang*. Fünf Jahre später, 1994 lautete Deine nüchterne Analyse: *Wir stehen noch am Anfang*. Manche Extrameile schien also noch zu gehen, als Du 1997 Dein Buch »Kirche Sein im 21. Jahrhundert« Deiner Begleiterin Elisabeth gewidmet und ihm in der deutschen Fassung den bei Ernst Lange entliehenen Titel gegeben hast: *Ernstfall des Glaubens*.

„ Eine gewisse Erleichterung mochte man rauszuhören, als Du Deinen jüngsten großen Sammelband 2005 unter den Titel gestellt hast: *Schritte auf dem Weg der Ökumene*. Wir hören mit: Der Weg der Ökumene ist für Dich gerade nicht die Strecke, die uns nach Ansage eines Navigators vom Ziel trennt. Die Ökumene Gottes reicht weiter als die Ökumene der Kirche, sie ist weniger Ziel als Horizont unserer Reisen.

Eine gewisse Erleichterung mochte man rauszuhören, als Du Deinen jüngsten großen Sammelband 2005 unter den Titel gestellt hast: *Schritte auf dem Weg der Ökumene*. Wir hören mit: Der Weg der Ökumene ist für Dich gerade nicht die Strecke, die uns nach Ansage eines Navigators vom Ziel trennt. Die Ökumene Gottes reicht weiter als die Ökumene der Kirche, sie ist weniger Ziel als Horizont unserer Reisen (Raiser 2005:61). Vielleicht liegt ein Grund, dafür dass Du als ausgewiesener Kenner von Kirche, Welt und Religion so wenig den Versuchung eines heiligen Zornes nachgibst, sondern immer wieder in erstaunlicher Gelassenheit präsent bist, darin, dass Du weißt: Ökumene ist weder Sprint noch Halbmarathon sondern Horizont – all Morgen frisch und neu einfach da.

Aufbrüche ohne Aufruhr

Gleichwohl gehört nicht viel dazu, sich den, der sich immer wieder auf den mit den Titeln Deiner Bücher angedeuteten Weg macht, als jemanden vorzustellen, der die Gemeinschaft mit seinen Weggenossinnen und -genossen doch auch aktiv

suchen muss, der, wenn er früher aufbricht, auch mal alleine bleibt – bis Lob ihn einholt oder Kritik oder beides – persönlich oder medial verstärkt. Ernst Lange bemerkte gelegentlich: »Die ökumenische Bewegung ist meine Heimat. Aber es kann ja geschehen, dass die Heimat, die man liebt, einem fremd wird. Es kann sogar sein, dass man die Heimat verlassen muss, weil sie einen einengt.« (Lange 1972:16). Deine Arbeit zeugt von Heimat und von Aufbrüchen ohne Aufruhr, von einem gemeinsamen Haus und einer Avantgarde ohne Allüren – und einer ganz unpräzise Spiritualität.

Mit Deiner ökumenischen Orientiertheit verbindest Du das Wissen um Grenzen. Gut orientiert sein und zugleich Grenzen zu akzeptieren: Das ist eine Haltung, die verdankt sich nicht Bergen von Büchern, sondern wenn schon, dann: Bergen und Büchern.

Wer auf die Geschichte der Ökumene zurückschaut, kommt gerade aus entwicklungspolitischer Sicht kaum umhin, Ökumene in vielen entscheidenden Bereichen Avantgarde zu nennen. Es wäre reizvoll, jene von Dir mit getragenen Impulse zusammenzustellen, die wir aus heutiger Sicht kirchlich und politisch noch der Avantgarde zurechnen müssen: Der Paradigmenwechsel natürlich, die Formulierung sozialetischer Leitbilder jenseits Technokratie-befallener Allmachtsvorstellungen, die neue Frage nach kirchlicher Einheit und nach einer gemeinsamen kirchlichen Vision, der frühe Zweifel, dass Markt und Wachstum die besten Garanten sind für zukunftsweisende soziale Steuerungssysteme, die Würdigung der Kooperation gegenüber dem Wettbewerb, die Ökonomie des Genug, die Politische Ökonomie. Aber auch nur das Aushalten einer periodisch wohlfeilen Geringschätzung der weltweiten Ökumene. Und die mangelnde Furcht vor dem Konsensprinzip, die Würdigung orthodoxer Anliegen, das frühe Insistieren auf ökumenische Alternative zur Globalisierung, statt einer pauschalen Ablehnung. Vieles mehr würden wir gerade im Kreis der heute zu Deinem Geburtstag Versammelten gemeinsam finden.

Die Herausforderungen für das Kirchesein im 21. Jahrhundert

All diese Aufbrüche fokussieren sich in der für Dich vielleicht zentralen Frage: Was bedeutet Kirche Sein im 21. Jahrhundert? Was muss sich in Kirche und Ökumene bewegen, damit wir überzeugend und heilsam Kirche sind?

Aus meiner Sicht stellt sich die Frage: Hat die Kirche ernsthaft wahrgenommen, dass seit Gründung des Ökumenischen Rates (ÖRK) an Armut 270 Millionen Menschen gestorben sind – mehr als an allen Kriegen der Menschheit zusammen? Jährlich kommen 18 Millionen dazu und wir glauben, wir lebten die vorrangige Option für die Armen, wir würden die Millenniumsentwicklungsziele umsetzen, wir erreichten auch nur das uralte 0,7% Ziel.

Stellt sich die Kirche wahrhaftig der Tatsache, dass es modisch geworden ist, zu sagen: Es sei nun genug Geld nach Afrika gepumpt worden – es habe doch nichts genutzt? Seit Gründung des ÖRK erhielt Afrika 600 US\$ Mrd. Entwicklungshilfe. Verteilt auf 60 Jahre macht das 10 US\$ pro Jahr und Mensch. Eine europäische Kuh erhält pro Woche mehr an Subventionen und im Etat des Ministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung stehen 2,50 € pro Kopf und Jahr bereit für 2 Milliarden Menschen in Armut. Ähnliches ließe sich durchbuchstabieren für die Bewahrung der Schöpfung.

Wenn die Ökumene nicht nur Unterabteilung eines Kirchenamtes ist, sondern auch als Horizont der Kirche erlebbar, dann ist der Blick freier, die politischen Schief lagen der Globalisierung zu sehen. Du hast nie gescheut, grundsätzliche politische Analyse kirchlich zu pointieren und politische Analyse kirchlich zu befragen. Ökumene ist für Dich Vorzeichen der Globalisierung, nicht ihr Anhängsel. In diesem Sinn ist Ökumene deine Berufung. Und darum ist es lohnend, Deine Einsichten in jenen der großen Politik zu spiegeln.

„ Aus meiner Sicht stellt sich die Frage: Hat die Kirche ernsthaft wahrgenommen, dass seit Gründung des Ökumenischen Rates (ÖRK) an Armut 270 Millionen Menschen gestorben sind – mehr als an allen Kriegen der Menschheit zusammen? „

Als Kofi Annan seine Amtszeit als Generalsekretär der Vereinten Nationen beendete, nannte er fünf Lektionen, die wir für das 21. Jahrhundert zu lernen hätten:

1. Wir sind für die *Sicherheit der anderen* verantwortlich, nicht nur für die eigene.
2. Wir sind für das *Wohlergehen der anderen* verantwortlich, nicht nur für das eigene.

3. Sicherheit und Wohlstand hängen vom Respekt vor *Menschenrechten* ab.
4. Darum müssen Regierungen *rechenschaftspflichtig* sein für nationale und internationale Taten.
5. Dafür müssen *multilaterale* Einrichtungen fair und demokratisch organisiert sein.

Sind solche und ähnliche Analysen relevant für den missionarischen und ökumenischen Auftrag der Kirchen? Nötigen sie uns, den Auftrag neu zu überdenken? Du selber hast drei Dimensionen ins Gespräch gebracht, in denen globale Transformationsprozesse das Zeugnis der Kirchen herausfordern:

1. Wir müssen unsere anthropozentrische Sichtweise verlernen und ein *lebenszentriertes Verständnis* der Ökumene entwickeln, das Gottes Schöpfung besser entspricht.
2. Wir müssen unser Denken in Kategorien der Hegemonie verlernen und zu einer *neue Anerkennung von Pluralität* kommen – politisch, kulturell, kirchlich.
3. Wir werden global gewordenen zerstörerischen Kräften wohl nur dann entgegenwirken, wenn wir akzeptieren, in Grenzen zu leben und die *Ökumene als unseren begrenzten Lebensraum* schätzen lernen.

»per mutuuum colloquium fratrorum«

Die ökumenischen Aufgaben vor uns sind damit nicht geringer geworden, als sie es von Anfang an waren. Eine entscheidende Wegstrecke hast Du in hohen Funktionen entscheidend mitgestaltet. Weiter gilt die Einsicht Ernst Langes: »*Die ökumenische Bewegung ist mit Sicherheit das verheißungsvollste Unternehmen der gegenwärtigen Christenheit, vielleicht das verheißungsvollste Unternehmen der Menschheit im Zustand der Interdependenz.*« (Lange 1972 : 200).

Was den zugleich spirituellen und politischen Weg dieser ökumenische Unternehmung angeht, gibt es eine so einschlägige wie nachhaltig überlesene Stelle in den Bekenntnisschriften der Reformationszeit. Dort wird katechetisch gefragt, was eigentlich das Wort Gottes sei. Theologinnen und Theologen haben zu antworten gelernt: die Bibel, die Sakramente, die Predigt, Jesus Christus. Für das Examen reicht das. Aber schon Anfang des 16.

Jahrhunderts schien damit eben nicht alles gesagt. Wir haben nur verlernt, was dort schon stand – übrigens im Zusammenhang der Vergebung von Schuld. Das Evangelium – so heißt es im III. Teil der Schmalkaldischen Artikel – erleben wir auch »*per mutuuum colloquium ... fratrorum*« (BSLK:449) – frei übersetzt: im gemeinsame Gespräch der Geschwister. Es wirft ein bezeichnendes Schlaglicht auf Öffentlichkeit und Kirche, dass dieses mutuuum colloquium zu den selten gewordenen Unikaten zählt, die über Suchmaschinen des Internets nicht zu finden sind.

Lieber Konrad, für Dein Zuhören und Reden danken wir Dir heute in aller Form. Ich müsste lange nachdenken, um jemanden zu finden, der so weniger anfällig für Lob ist wie Du. Wir bitten Dich heute, auch dieses zu hören: Danke für Dein Arbeiten und Vorangehen – Danke für Deine Weggenossenschaft. Wir wollen mit Dir ökumenisch unterwegs bleiben.

Mit einem Ehrentitel der lateinamerikanischen Freundinnen und Freunde gesagt, bist Du uns ein *compañero*, das heißt übersetzt: der mit dem wir das Brot teilen – und den Weg und den Horizont. Zum Zeichen dafür diene Elisabeth und Dir dieses Brot. Weil aber keiner vom Brot alleine lebt, kommt das, was vielen Deiner ökumenischen Freunde und Freundinnen heute besonders wichtig ist, erst hinter der Wegbiegung unseres Symposiums auf Dich zu.

(Übergabe der Festschrift zum 70. Geburtstag:
»Mache dich auf und werde licht!«, *Ökumenische Visionen in Zeiten des Umbruchs*, hg .v. Dagmar Heller / Christina Kayales / Barbara Rudolph / Gert Rüppell / Heinrich Schäfer, Frankfurt 2008)

Anmerkung:

¹ Hans Laudatio Seymour Hersch, *Blätter f. dt. und internationale Politik* 11/07, 1351. 

Gemeinschaftswerk der
Evangelischen Publizistik gGmbH
Verlag/Vertrieb
Postfach 50 05 50
60394 Frankfurt am Main

Aus dem Jahrgang 2007

45/07 – Themen: **VELKD-Generalsynode 2007** (Berichte und Beschlüsse) – **Friedensdenkschrift der EKD: Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen** (Auszüge) – 52 Seiten / 5,10 €

46/07 – »**Zwischen Taufschein und Reich Gottes – Kirchenmitgliedschaft im Spannungsfeld von Freiheit und Verbindlichkeit**« (Tagung der Evangelischen Akademie zu Berlin) – 60 Seiten / 5,10 €

47/07 – **EKD-Synode (1)**: Bericht des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und Berichte der Werke (Auszüge) – 72 Seiten / 5,40 €

47a/07 – **Ökumenischer Lagebericht 2007** – 24 Seiten / 3,40 €

48/07 – **EKD-Synode (2)**: Texte zum Schwerpunktthema »evangelisch Kirche sein« – 28 Seiten / 3,40 €

49/07 – **EKD-Synode (3)**: Beschlüsse, Haushalt, Predigten, Grußworte (Auswahl) – 44 Seiten / 4,60 €

50/07 – **Christus befreit – darum Kirche für andere!** (35 Jahre nach dem Vortrag von Heino Falcke vor der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR / Tagung der Evangelischen Akademie Thüringen) – 68 Seiten / 5,40 €

51/07 – **Das Sterben leben – Entscheidungen am Lebensende aus evangelischer Perspektive** (Schweizerischer Evangelischer Kirchenbund) – 28 Seiten / 3,40 €

52/07 – **50 Jahre Arnoldshainer Abendmahlsthesen** (Festakt von UEK, EKHN und Ev. Akademie Arnolds-hain) – 28 Seiten / 3,40 €

Jahrgang 2008

1/08 – GKKE: **Rüstungsexportbericht 2007** – 52 Seiten / 5,10 €

2/08 – **Gegen den Strom. Gewissensentscheidungen in der NS-Zeit und heute** (Tagung der Martin-Niemöller-Stiftung) – 68 Seiten / 5,40 €

3/08 – **Überlegungen zur Versachlichung der Diskussion um einen gesetzlichen Mindestlohn** (Sozialausschuss der Evangelischen Kirche von Westfalen) – 16 Seiten / 2,60 €

4/08 – **Selbstkritische Betrachtungen zum jüdisch-christlichen Verhältnis** (Studientage des Thüringer Predigerseminars 1994-2006) – 32 Seiten / 4,10 €

5/08 – **»Lust auf Gemeinde«** (Erste Ideenmesse der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau) – 32 Seiten / 4,10 €

6/08 – **Kirche in der Stadt** (Texte der EKD-Konsultation Kirche und Stadt; Auszüge aus der EKD-Studie »Gott in der Stadt«) – 48 Seiten / 4,60 €

7/08 – **Stammzellforschung** (Tagung des Wiener Instituts für Ethik und Recht in der Medizin und der Bioethikkommission beim österreichischen Bundeskanzleramt) – 40 Seiten / 4,10 €

8-9/08 – **»Antisemitismus und Rechtsextremismus in Deutschland und Polen«** (Tagung der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Görlitz und der Friedrich-Ebert-Stiftung) – 76 Seiten / 5,90 €

8a/08 – **Wichernjahr 2008** (Ansprachen, Leitsätze zur Eröffnung des Wichernjahres) – 20 Seiten / 2,60 €

10/08 – **Religion – Konflikt – Frieden** (Beiträge zur Jahrestagung 2007 des Forschungsverbundes Religion und Konflikt) – 36 Seiten / 4,10 €

11/08 – **Religion im öffentlichen Raum** (Debatte über das Verhältnis von Religion und Politik aus Anlass des 70. Geburtstages von Konrad Raiser) – 32 Seiten / 4,10 €

Der Informationsdienst **epd**-Dokumentation (ISSN 1619-5809) kann im Abonnement oder einzeln bezogen werden. Pro Jahr erscheinen mindestens 50 Ausgaben.

Bestellungen und Anfragen an: GEP-Vertrieb
Postfach 50 05 50,
60394 Frankfurt,
Tel.: (069) 58 098-191.
Fax: (069) 58 098-226.
E-Mail: vertrieb@gep.de
Internet: <http://www.epd.de>

Das Abonnement kostet monatlich 23,60 € inkl. Versand (mit Zugang zum digitalen Archiv: 27,50 €). E-Mail-Bezug im PDF-Format (Preis auf Anfrage). Die Preise für Einzelbestellungen sind nach Umfang der Ausgabe und nach Anzahl der Exemplare gestaffelt.

Die Liste oben enthält den Preis eines Einzel-exemplars; dazu kommt pro Auftrag eine Versandkostenpauschale (inkl. Porto) von 2,30 €.

epd-Dokumentation wird auf chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.